

Arbeiter-Zeitung

Organ der Kommunistischen Partei Deutschlands, Bezirk Schlesien (Sektion der Kommunistischen Internationale)

Bezugspreis: Einzelnummer 30 Wf. Durch Austräger 1.90 Wf. pro Woche, 7.50 Wf. pro Monat. Durch die Post 7.50 Wf. pro Monat. Vorechnungen für die Redaktion: Nachmittags 5-6 Uhr. Produktionsgenossenschaft für die Provinz Schlesien, e. G. m. b. H., Breslau. Postfachkonto Nr. 31059. - Fernsprech-Anschluss: Ring Nr. 8887.

Freitag, 23. Dezember 1921

Anzeigenpreise: Die 9 gespaltene Millimeterzeile oder deren Raum 0.80 Wf., auswärts 0.90 Wf. Stellen- und Wohnungsangebote, Familiennachrichten, Vereins- und Versammlungsanzeigen 0.40 Wf. Reklame: Die Millimeterzeile, 3 gespaltene oder deren Raum im Text 3.- Wf.

Aus der Landarbeiter- und Kleinbauernbewegung

Nr. 1. 3. Jahrg. Agrar-Beilage. 22. Dezember 1921

„Von dem Tage an, wo die Masse der Landtagelöhner ihre eigenen Interessen verstehen gelernt hat, von dem Tage an ist eine reaktionäre, feudale, bürokratische oder bürgerliche Regierung in Deutschland unmöglich.“
(Engels, Vorwort zu „Der deutsche Bauernkrieg“.)

Ein neues Gaukelspiel mit den Landarbeitern.

Der alte Tarif läuft Ende dieses Jahres ab. Alle Verbandsversammlungen des Deutschen Landarbeiter-Verbandes beschäftigen sich mit dem Abschluss eines neuen Tarifes. Großmützig läßt man den einzelnen Mitgliedern Vorschläge machen, um so wenigstens den Mitgliedern zu zeigen, daß sie auch „Rechte“ haben. Würden die Landarbeiter etwas nachdenken, so könnten sie ohne weiteres feststellen, daß sie trotzdem nie irgend einen nennenswerten Einfluß auf die Endgestaltung des Tarifes hatten. Ebenso verhält es sich mit den Verhandlungen über die Steuerungsbeiträge. Statt über ihre Köpfe hinweg wurden dieselben zwischen Großagrarier und Gewerkschaftsvertreter abgeschlossen. Die Resultate sind daher auch direkt als jämmerlich zu bezeichnen. Ganze 10 bis 40 Pfennig pro Stunde wurden nach langem Hin und Her den Landarbeitern zugesprochen. Dadurch sind die Landarbeiter von der Steuerungsstelle am allerhäufigsten getroffen. Sie wissen nicht mehr aus und ein. Bekommen sie doch Löhne von durchschnittlich 140 bis 162 Mark. Aber nur vollwertige Arbeiter erfreuen sich dieser „fürslichen“ Entlohnung. Erwerbsbeschränkte, Jugendliche, Mädchen und Frauen erhalten noch bedeutend weniger. Im Jahre 1920 bekam noch jeder Arbeiter einen halben Zentner Erbsen. Auch diese sind in diesem Jahre nicht gegeben worden, trotzdem auf den Speichern der Rittergutsbesitzer noch Erbsen aus der Ernte 1920 lagern.

Jetzt, bei Abschluss des neuen Tarifes, denken die Landarbeiter, würden auch ihre Räte, wenn auch nicht besetzt, so doch wenigstens gelindert. Aber was müssen sie hören? Das können wir nicht verantworten! Das wird sowieso nicht bewilligt! Sind Forderungen von 6 bis 9 Mark Stundenlöhne denn wirklich etwas so Unerhörtes? Nehmen wir doch nur zum Vergleich irgendeinen Ort aus dem schlesischen Tarifgebiet und vergleichen die Löhne der Landarbeiter mit denen im selben Ort tätigen Bergleuten, so kommen wir zu folgenden Zahlen:

Ein vollwertiger Landarbeiter erhält an Zahllohn pro Woche	162.- Wf.
An Deputat	75.- „
Summa	237.- Wf.
Ein Bergmann durchschnittlich pro Woche	400.- Wf.
Mithin verdient der Bergmann mehr pro Woche	163.- „
Pro Monat mehr	970.- „
Hinzu kommt noch die letzte Tarifierhöhung mit	2250.- „

so daß sich der Mehrverdienst des Bergarbeiters schon heute auf 155 Mark pro Monat beläuft.

Wir wollen auch die Frage prüfen, ob die Gutsbesitzer und Großbauern nicht in der Lage sind, ähnliche oder gleiche Löhne zu zahlen. Die Gesehungskosten für einen Zentner Körnerfrucht betragen durchschnittlich für die Provinz Sachsen 75 bis 80 Mark pro Zentner. Der Ernteertrag ist ohne weiteres in diesem Jahre mit 12 Zentner pro Morgen festzusetzen, davon 4 Zentner als Umlagegetreide, verbleiben mithin 8 Zentner pro Morgen für den freien Verkauf. Die Agrarier haben somit, abzüglich der 930 Mark Gesehungskosten, einen Reinverdienst an einem Morgen Getreide von 1890 Mark. Rechnen wir von dieser Summe ruhig noch ein Drittel ab für schon früher verkaufte Getreide zu einem billigeren Preis, so ist der Reinerwerb mit den Produktionskosten absolut nicht in Einklang zu bringen. Genau wie es beim Korn ist, ist es mit allen

anderen Produkten. Aus diesen Zahlen tritt so recht kraß hervor, zu welchen Schandlöhnen die Landarbeiter sich den Gutsbesitzern und Bauern verkauft haben. Aber auch die Tarife abschließen des Deutschen Landarbeiter-Verbandes werden dadurch ins rechte Licht gerückt. Trotzdem sagen die Verbandsvertreter, 6 bis 9 Mark pro Stunde können sie bei einem Tarifausschluss nicht vertreten, welcher erst am 1. Januar 1922 in Kraft treten soll. Bis dahin werden die Preise für alle Bedarfsartikel weiter in die Höhe getrieben sein, und der Landproletarier ist dann noch mehr zum Darben verurteilt wie heute.

Aber noch eine andere Gefahr droht den Landarbeitern. In den verschiedensten Bauernversammlungen und Sitzungen des Landbundes der Provinz Sachsen ist beschlossen worden, im nächsten Jahr überhaupt kein Deputatgetreide mehr zu geben. Als Bedenken von einzelnen Bauern dahin geltend gemacht wurden, daß bei den Tarifausschlüssen doch auch Arbeiter dabei säßen und diese einen solchen Tarif, der das Deputat ausschließt, nicht unterschreiben würden, wurde prompt geantwortet: „Mit den Verbandsvertretern werden wir schon fertig, und die Arbeiter bekommen den Mund gestopft!“ Hieraus geht mit aller Deutlichkeit hervor, daß die Landarbeiter und Bauern planen, die Landarbeiter auch noch um das Deputatgetreide zu betrügen. Hier heißt es: „Nur dem Posten sein!“ Klar und deutlich muß jedem Verbandsfunktionär gesagt werden, daß die Landarbeiter verlangen, daß ein Tarif abgeschlossen wird, der auch jedem eine einigermaßen menschliche Existenz ermöglicht.

Ein besonderes Kapitel für sich bildet die Arbeitszeit in der Landwirtschaft. Alle übrigen Arbeiter haben durch die Novemberrevolution 1918 den Achtstundentag erhalten. Die Landarbeiter arbeiten heute noch einige Monate im Sommer 10 Stunden. Die durchschnittliche Arbeitszeit beträgt rund 9 Stunden. In Wirklichkeit ist sie aber wesentlich höher. Erstens liegt die Begeizt außerhalb der Arbeitszeit, wozu noch die viele Ueberarbeit während der Ernte kommt. Warum werden die Landarbeiter in der Arbeitszeit und in den Löhnen verhältnismäßig als Arbeiter zweiter Klasse behandelt? Haben sie nicht genau dasselbe Anrecht auf den Achtstundentag? Gewiss! Die Verhältnisse liegen nicht so in der Landwirtschaft, daß die Einführung des Achtstundentages unmöglich wäre, wie immer von den Verbandsvertretern und Gutsbesitzern behauptet wird. In der Erntezeit, wenn die Arbeit äußerst dringend und die Beschaffung von genügend Ausschiffskräften unmöglich ist, werden sich die Landarbeiter auch eventuell bereitfinden, gegen einen Ausschlag unbedingt notwendige Ueberstunden zu leisten. Sie dürfen natürlich nicht zur Regel werden. Bei Einführung des Achtstundentages in der Industrie erhob sich auch ein würdiger Gesetzer über die Unmöglichkeit der Achtstundenarbeitszeit. Gleichzeitig mit der Einführung derselben setzte auch von Seiten der Unternehmer der Kampf für die Befreiung der achtstündigen Tagesfrist ein. An diesem Kampf kann man erkennen, daß es sich bei der Frage der Achtstundenschicht um reine Profit-, aber nicht um volkswirtschaftliche Interessen handelt. Darum wird die Einführung derselben für die Landwirtschaft ein Kampf der Landarbeiter gegen die Großbauern und Junker bedeuten. Sie wissen, daß beim Nachgeben in dieser Frage ihre Profiteure geschmälert wird, sie werden sich daher mit allen Mitteln dagegen wehren.

Für die Landarbeiter ist die Situation daher klar vorgezeichnet. Sie müssen sich entscheiden, ob sie noch weiter ihre Arbeitskraft den Besitzern ziemlich umsonst zur Verfügung stellen wollen und dabei in bitterster Not verkommen. Neben der Ausbeutung steht dann noch die Degradierung in Form verlängerter Arbeitszeit. Sollen sie das nicht, so müssen sie den Kampf aufnehmen, zuerst in ihrer eigenen Berufsorganisation. Es muß dafür Sorge getragen werden durch mündliche Aufklärung, daß endlich die Flucht aus dem Deutschen Landarbeiter-Verband aufhört. Die Mitglieder müssen die Verbandsleitungen zwingen, sofort Konferenzen einzuberufen, damit zu dem neuen Tarif und zu dem Achtstundentag Stellung genommen wird. Wenn so alle Fragen durch die Mitglieder entschieden werden und der Kampf auf breiter Grundlage vorbereitet wird, werden auch die Landarbeiter ein menschenwürdiges Dasein erlangen können.

...e vor.

Klasse muß kämpfen.
nen! Nur, wenn ihr dem Weltkapital gegenüber, wenn ihr in den Parliamenten in euren Versammlungen die Volks- e drohenden Gefahren aufklärt, wenn die neuen kriegerischen Gewaltakte Kraft entwickelt und sammelt, die it der Rüstungen und der Politik der krieges Hall zu gebieten. Alle Abforderungen der Einschränkung der jeder Schrei nach Minderung der ge Verschwendung von Werten, wenn ru nicht ihre Kräfte sammeln, in ge Bourgeoisie und ihre Politik. Nur Lande sich zusammenfinden zum ge die Bourgeoisie werden sie ihr die usbüden, werden sie den Rüstungen ege und Mittel finden, um sich inter- am gemeinsamen Wiederaufbau nicht mreichs und Belgiens, sondern des rweiteten Volens und Russlands nur gegen die Bourgeoisie ihres Landes aternationale Front des kämpfenden duktrikräfte der Welt zusammenfassen i des Weltkrieges und neuen Aufbau. Länder das nicht verstehen, wird die Arbeitslosigkeit verurteilen, werden Rohstoffe liefern und Waren, und iner Wüste verändernden Welt werden is wirtschaften.

ingtoner Friedenskomödie! en Rüstungen! orbereitung des Ueberfalls en Imperialismus auf

Abenteurer der polnischen ie!

me Front aller Proletarier alistische Weltreaktion! unistische Internationale, in des internationalen, ge- nptes aller Proletarier!

Die Exekutive unistischen Internationale.

schwerie und wie i sie erfahrt?

dies Kapitel der in den nächsten vom Bezirk Wasserante der A.P.D. schiere: „Wer soll Steuern zahlen?“

t über Sachwerte und Goldwerte irrung. Zunächst haben die Gold- tum. Es handelt sich weder um die t Aufrufe im Krieg bei Besitzge- nen Goldstücke, noch um Schmud- Gold und Goldeswert.

Beispiele. Ein Mann hat sich vor bensabend 100 000 Mark expart tragen, wo sie ihm einige Zinsen kniprücken konnte er damals von ewe reichen die Zinsen noch nicht Lebensunterhalt. Und wenn der n kann, aber noch eine Reihe von muß er das Kapital, die 100 000 aufgezehrt sind. Auf diese Weise wohlhabend geltende Leute arm Bängen in die Zukunft.

nen Gutsbesitzer. Angenommen, e ein Gut für 300 000 Mark 0 Mark selbst bezahlt und s Geld als Hypothek auf- d ist nicht entwertet. Im tute sein Gut und erhält zwei bis at. Die Hypothek von 150 000 W- zahlt er aus und behält für sich die runde Summe von zwei Millionen Mark.

Arbeit nicht unterbrochen. Die kapitalistische Diplomatie wird... nicht aufhören, neue Bündnisse zu schmieden, was denen jedes Winter und Frühjahr keinen einzigen Wagon, kein einziges... eine Periode... gegen den Frieden sein wird... alle karitat... Schluß mit Kriegsandrang nach Polen hereinzulassen.

Arbeiter-Zeitung

Organ der Kommunistischen Partei Deutschlands. Bezirk Schlessien (Sektion der Kommunistischen Internationale)

Bezugspreis: Einzelnummer 30 Pf. Durch Austräger 1.30 Mk. pro Woche, 7.50 Mk. pro Monat. Durch die Post 7.50 Mk. pro Monat. Sprechstunden für die Redaktion: Nachmittags 5-6 Uhr. Produktivgenossenschaft für die Provinz Schlessien, e. G. m. b. H., Breslau. Postfachkonto Nr. 31059. — Fernsprech-Anschluss: Ring Nr. 8837.

Freitag, 23. Dezember 1921

Anzeigenpreise: Die 9 gespaltene Millimeterzeile oder deren Raum 0.80 Mk., auswärts 0.90 Mk. Stellen- und Wohnungsangebote, Familiennachrichten, Vereins- und Versammlungsanzeigen 0.40 Mk. Retikame: Die Millimeterzeile, 8 gespaltene oder deren Raum im Text 3.- Mk.

das die Innenkolonisation weitgehend gefördert werden muß, ohne die Forderung zu erheben, daß der geraubte Großgrundbesitz entschädigungslos enteignet wird im Interesse der Gesamtheit des arbeitenden Volkes.

Sehen wir ab von den Schlussfolgerungen Dr. Nagels, so können wir die Schrift als eine schwere Anklage gegen das Großagrariertum, das nach dieser Schrift besser Großräubertum genannt werden kann, betrachten.

Den Großagrariern wird natürlich ob dieser „Heherschritt“ gegen den Grundbesitz, die in die Hände christlich-national organisierter Landarbeiter gelangt, äußerst schmerzhaft zumute. Der „Bommerische Landbund“ gab sich auch alle Mühe, um das Erscheinen dieser Schrift zu unterbinden. Er mobilisierte führende Kreise der Landwirtschaft, diese mußten „gegen die Verbreitung dieser Schrift bei dem Zentralvorstand der Landarbeiter Beschwerde einlegen.“ Und — höre, Landarbeiter, — die Leitung des Zentralverbandes trug den Wünschen der Junter Rechnung und versprach, die Broschüre sofort aus dem Handel zurückzuziehen.

Offenbar fürchteten die Leiter des Zentralverbandes aber doch den Unwillen der Landarbeiter über diese Kasstrierung und haben das Versprechen gebrochen. Das Bommerische Junterblatt appelliert jetzt an die Gönner des Vorsitzenden des Zentralverbandes, des deutschnationalen Landarbeitervertreter Behrens, und fragt sie, was sie zu solchem Wortbruch sagen. Die christlichen Landarbeiter werden wohl ein Interesse daran haben, wer diese „Sommer“ ihres Vorsitzenden sind, die man jetzt zu Hilfe ruft, um dem räudigen Schaf, Dr. Nagel-Anklam, die Klauen zu beschneiden.

Christliche Landarbeiter, verlangt Klärung, denn diese „Sommer“, die man ruft, um Euch einige, für die Junter unangenehme Wahrheiten zu entziehen, scheinen identisch zu sein mit diesen Juntern.

Betrug, Profit und Bauernbund.

Vor der Strafkammer Heilborn wurde der Landtagsabgeordnete Rapp zu einem Jahr und sechs Monaten Gefängnis verurteilt, weil er unter dem Vorgeben, Landesprodukte einzukaufen, sich von Firmen hatte Vorhänge geben lassen, ohne dann die Aufträge auszuführen. Rapp war ein scharfer Agitator für den deutschnationalen Bauernbund.

Patriotische Luftgebilde.

Auf einer Kundgebung des „Brandenburgischen Landbundes“ in Berlin wurde unter anderem ausgeführt: „Die deutschen Landwirte (Großagrariere, d. H.) geben lieber dem deutschen Arbeiter die Kartoffeln für 30 M. den Zentner, als daß sie die Kartoffeln für 72 M. den Franzosen als Schweinefutter verkaufen.“

Gut gekräftigt! Die Gewerkschaften werden nun die Aufgabe haben, die Regierung unverzüglich zu veranlassen, daß sie die Kartoffeln um 30 Mark den Zentner beschafft. Die Großagrariere werden sich nach dieser Erklärung nicht mehr sträuben, für obigen Preis die Kartoffeln abzugeben, soweit sie zur Verfügung haben. (?)

Augen und atemlose Aufmerksamkeit. Sie müssen dort ordentlich ein Rezept gefunden haben, Worte zu trinken!

Rundschreiben der Bezirksleitung sind für sie kanonisch. Schwer verständlich wie ein kirchliches Ritual und ebenso unantastbar. Eine Partei haben, eine revolutionäre Partei haben, eine internationale kämpfende Partei haben — wozu ein enormer Fortschritt tut sich auf, selbst aus der Perspektive eines verunmündeten Marichborjes heraus!

Komme mit einer und berichte die kleinen Ortsgruppen — komme mit einer und lächle über das angestrengte anbacktsvolle Buchstabieren der Rundschreiben im Kreise der Mitglieber. Komme mit ein „Referent“ und sage, er habe den blühblauen Augen und den atemlosen Durst nicht standgehalten nach der Verlesung im Kreise der Genossen! —

Sie haben einen in Düwenhof zwischen sich, den sie jedem auswärtigen Genossen vorstellen. Ein seltsames Wesen — ein Zementarbeiter wie die anderen alle. Noch nie habe ich eine Frau gesehen, die so stolz auf ihren Mann war, wie die rundliche, rotbackige Genossin in Düwenhof auf ihr Hundertier.

Dieser Mann — das habe ich entdeckt — ist ganz einfach ein Dichter!

Der macht keine Verschen, sondern es hat ihn eine Sache einmal im Tiefsinn gepackt, und nun schaut er; eine Art Hellscher ist er.

Da sitzt er denn, wenn der Großpäpster sein Pöckchen Wissen rein ausgekratzt hat, und darf seine Erkenntnisse zum besten geben. Sein Weib kopft ihm das Weisheit, kreuzt die Arme unter der prallen Brust und glänzt ihn glücklich an.

Er erzählt aus der russischen Kriegsgefangenschaft.

Er ist vom Krieg aus seinem Leben eines börslichen Arbeiters herausgerissen worden wie ein nichternes Kalb. Kam in die Gefangenschaft, hat den Zariismus, den Zarenhof, die Tschekowisten und die Kommunisten dort erlebt. Jahre-

Die Halbbaern und die Kommunisten.

Von Heinrich Rau.

Trotz der engen Zugehörigkeit zur proletarischen Klasse stehen die Halbbaern größtenteils außerhalb der Kampffront des Proletariats, stehen deren Ringen fremd gegenüber. Ihr ganzes Streben, ihre unermüdbare Tätigkeit ist dem Ziel — eine selbständige Bauernwirtschaft zu besitzen, gewidmet.

War einzelnen Halbbaern vor dem Kriege nach die Möglichkeit gegeben, sich emporzuarbeiten, eine selbständige Bauernwirtschaft zu erringen, so ist heute dazu jede Aussicht genommen. Der Halbbaer ist und bleibt innerhalb der kapitalistischen Wirtschaft Schuldbtend.

Wie ist denn die Lage der Halbbaern? Sie nennen sich glückliche Besitzer eines kleinen Häuschens, das meistens verschuldet, hypothekarisch stark belastet ist. Ein paar kleine Ackerparzellen, die zu ihrem Anwesen zählen, sind meistens Wachtland. Die Verpächter, die Bodenkapitalisten, fordern ihnen enorme Wachtzinsen ab. Z. B. fordert Freiherr v. Richtigose für 1 Morgen Land pro Jahr 6 Zentner Roggen in Natura oder zum freien Marktpreis als Wachtzins. Nach dem heutigen Roggenpreis bedeutet das eine Summe von 1900-2000 Mark Wachtzins für 1 Morgen Land! Vor dem Kriege betrug der Wachtzins für diese Fläche 40 bis 50 Mark, die heutigen Preise bedeuten also eine Steigerung um über das 4fache. Diese Wacht- und Hypothekenzinsen können aus dem kleinen Anwesen nur herausgewirtschaftet werden, wenn der Halbbaer für seine, seiner Frau und Kinder Arbeit keinen oder nur einen verschwindend geringen Arbeitslohn rechnet. Den Rahmen von der Arbeit der Halbbaern schöpfen die Wachtwucherer, die Bodenkapitalisten ab, sie führen ein arbeitsloses Leben auf Kosten jener Ausgebeuteten.

Der Ertrag an Bodenfrüchten von dem kleinen Anwesen des Halbbaern wird, bis auf einen kaum nennenswerten Teil, in dessen eigenen Haushalt gebraucht. Zur Aufbringung der Wacht- und Hypothekenzinsen, sowie zur Beschaffung von Kleidung, Gerate, kurz zu Wirtschafts- und Haushaltsbedarfsartikeln sieht sich der Halbbaer gezwungen, anderweitig eine Erwerbstätigkeit zu suchen. „Bei den ruinierteren Kleinbaern wird vielfach die Hausindustrie für kapitalistische Verleger oder einfach die Lohnarbeit in der Fabrik der Hauptberuf der Männer, während der landwirtschaftliche Betrieb ganz auf die Schultern von Frauen, Greisen und Kindern abgewälzt wird,“ so charakterisiert Rosa Luxemburg (Die Akkumulation des Kapitals, Kapitel 29) die Stellung der Halbbaern in der kapitalistischen Wirtschaft.

Die Industrie-Kapitalisten freuen sich des Zustroms vom flachen Lande. Die Vergrößerung der industriellen Reservearmee, die durch diesen Zustrom herbeigeführt wird, war immer gern gesehen von dem Unternehmer, da allein ihr Vorhandensein lohndrückend wirkt. In den Halbbaern erhalten sie obendrein meistens viel geduldiger Ausbeutungsobjekte, als die städtischen organisierten Arbeiter sind. Deshalb geduldiger, weil die Halbbaern an ihr kleines Anwesen gebunden sind. Erhalten sie keine Beschäftigung, so ist ihr Anwesen in Frage

lang zog an diesem deutschen Arbeiter das wechselnde Glück der proletarischen Revolution vorbei. Er kennt nur eine Inbrunst, eine Anbetung, einen Glauben: Den Kommunismus. Leuchtend und warm spricht er auf einmal von „Wir“, wenn er an die erste Formierung der Roten Garden kommt. „Wir“ trugen aus den Lagern die vielen Toten des Typhus hinaus und begruben sie — „wir“ machten mit den Schnapsbrennern kurzen Prozeß — „wir“ aßen monatelang kaum ein halbes Pfund Brot pro Tag, aber „wir“ haben den Koltschat geschlagen!

Wertwändig! — Er ist schon lange zurück. Erzählt man etwas von späteren Ereignissen, die man selbst aus der Presse kennt, die einem selbst ans Herz gegriffen haben: Die Verjagung Denikins, die Mobilisierung der Arbeitersarmee, die grandiose Energie planmäßiger Produktion oder jene kleine Episode der Petersburger Metallarbeiter, die mit rührendem Fleiß ohne Modelle einen elektrisch zu betreibenden Pflug herzustellen sich bemühen — der Düwenhofer Dichter weiß das auch! hat es miterlebt! Schaut es im Augenblick, da man es erzählt. Ergänzt Einzelheiten, und die blühblauen Augen rundum erglänzen.

Oh, die Kommunisten! Unsere russischen Brüder! Ich glaube, daß die Düwenhofer sehr gut wissen, daß ihr Landsmann aus der russischen Gefangenschaft nicht all seine Wissenschaft mitgebracht haben kann. Aber sie achten ihn sehr und besprechen mit ihm jedes neue Ding, das sich auf dem Wege des Kommunismus zeigt. Er ist mit seinem Leib und seinen Sinnen durch eine Schule gegangen — er kann jedesmal einschätzen, was kommunistisch ist. So hätten sie das dort gemacht, ist der bedächtige Schluß seiner Ueberlegung. In Stille ließe er sich hauen, ehe er zugäbe, daß etwas Größeres und Kraftvolleres existiere als der Kommunismus.

Es sitzen in mancher Ortsgruppe solche Ergreifenen aus der russischen Kriegsgefangenschaft.

Keine Sorge vor.

Klasse muß kämpfen.

nen! Nur, wenn ihr dem Weltkapital gegenüber, wenn ihr in den Parliaments in euren Versammlungen die Volks- e drohenden Gefahren aufklärt, wenn die neuen kriegerischen Gewaltakte Kraft entwickeln und sammeln, die in der Rüstungen und der Politik der Krieges halt zu gebieten. Alle Anforderungen der Einschränkung der jeder Schrei nach Minderung der je Verschwendung von Werten, wenn in nicht ihre Kräfte sammeln, in ge- Bourgeoisie und ihre Politik. Nur Lande sich zusammenfinden zum ge- die Bourgeoisie werden sie ihr die usbürden, werden sie den Rüstungen ege und Mittel finden, um sich inter- im gemeinsamen Wiederaufbau nicht unfeinds und Belgiens, sondern des erwühten Polens und Rußlands nur gegen die Bourgeoisie ihres Landes ernationalen Front des kämpfenden kultivkräfte der Welt zusammenzufassen t des Weltkrieges und neuen Aufbau. Länder das nicht verstehen, wird die Arbeitslosigkeit verurteilen, werden Rohstoffe liefern und Waren, und iner Wüste verändernden Welt werden is wirtschaften.

ingtoner Friedenskomödie! en Rüstungen! orbereitung des Ueberfalls hen Imperialismus auf

Abenteuer der polnischen ie!

me Front aller Proletarier alistische Weltreaktion! nunistische Internationale, in des internationalen, ge- nnpfes aller Proletarier!

Die Exekutive ununistischen Internationale.

schwerer und wie t sie erfasst?

dies Kapitel der in den nächsten vom Bezirk Wajertante der SPD. schüre: „Wer soll Steuern zahlen?“ t über Sachwerte und Goldwerte irrung. Zunächst haben die Gold- tun. Es handelt sich weder um die t Aufrufe im Krieg bei Besitzenen Goldstücke, noch um Schmutz- Gold und Goldeswert.

Beispiele. Ein Mann hat sich vor bensabend 100 000 Mark erspart tragen, wo sie ihm einige Zinsen Ansprüche konnte er damals von eute reichen die Zinsen noch nicht Lebensunterhalt. Und wenn der n kann, aber noch eine Reihe von muß er das Kapital, die 100 000 aufgezehrt sind. Auf diese Weise wohlhabend gelterde Leute arm Bängen in die Zukunft.

inen Gutsbesitzer. Angenommen, je ein Gut für 300 000 Mark 0 Mark selbst bezahlt und s Geld als Hypothek auf- b ist nicht entwertet. In eute sein Gut und erhält zwei bis Die Hypothek von 150 000 M-

zahlt er aus und behält für sich die runde Summe von zwei Millionen Mark.

Arbeit nicht unterbrechen. Die kapitalistische Diplomatie wird eine die ... nicht auslösen, neue Bündnisse zu schmieden, von denen jedes ... mit ... nicht auszuschließen. Eine ... mit ...

Revolutionäre Bewegung.

Die Kommunisten Irlands zum Frieden mit England.

Die Kommunistische Partei Irlands hat am 17. Dezember einen Aufruf an die irische Bevölkerung erlassen, in dem es heißt: „Seute treten die Vertreter der irischen Nation zusammen, die erwählt waren, um für die irische Republik zu kämpfen, um in Euerm Namen einen Vertrag mit der Mächtigsten England anzunehmen oder abzulehnen. Dieser Vertrag bedeutet den schändlichsten Verrat an Irlands Kampf um die nationale Unabhängigkeit und an der Sache der irischen Republik. Aber die irische Arbeiterklasse wird kein Kompromiß hinnehmen. Arbeiter Irlands! Kein Staat innerhalb des britischen Reiches ist frei. Jeder Staat und jeder Teil des britischen Reiches ist der Gehäuer der Londoner Finanzgrößen unterworfen. Der Freistaat, der für Irland vorgeschlagen ist, wird der verblüffenden Mehrheit des irischen Volkes nichts nützen. Es ist kein Freistaat, sondern ein Sklavenstaat. Die Kommunistische Partei lehnt diesem Freistaat keine Treue; sie wird König Georg nicht treu sein. Mit Horn und Hufe verschmähen wir die Verbindung Irlands mit Großbritannien, so wie es jetzt ist. Die britische „Gemeinschaft der Nationen“ ist ein Verräter-Republikan. Nur als Glied eines Bundes kann Irland seine Freiheit

kämpfen. Kann es einen da noch wundern, wenn der Drang der gewerkschaftlich zusammengeschlossenen Kameraden immer stärker wird in dem Verlangen, die Unorganisierten endlich von den Tarifkämpfen auszuschließen? Der Vertrag besteht nur für die Mitglieder der Vertragsparteien. Mehrere Urteile der Gewerbe- und Bergarbeitergerichte liegen bereits vor, daß Unorganisierte dazu zählen auch die Unionisten — keinen Anspruch auf den Inhalt des Tarifvertrages haben. Erhöhen zahlen die Arbeitgeber diesen Schmarotzern denselben Lohn wie den Gewerkschaftlern. Daß Letzteres zu bestimmten Zwecken geschieht, ist vollends klar... Die Parole für alle Verbandsmitglieder sollte deshalb sein, zunächst auf den unorganisierten Arbeitskollegen durch Ueberzeugung einzuwirken. So man es aber mit Elementen zu tun hat, die sich von der Beitragszahlung brücken wollen — und das ist die Mehrheit der Unorganisierten — soll man auch vor jedem bergmännischen Mittel, deren es eine große Anzahl gibt, nicht zurückschrecken.“

Wir stimmen mit der „Bergarbeiter-Zeitung“ durchaus darin überein, daß alles getan werden muß, um die Unorganisierten zum Eintritt in die freigewerkschaftlichen Verbände zu gewinnen, um die Schlagkraft der Arbeiterorganisationen zu stärken. Es ist auch bekannt, wie intensiv sich gerade die Kommunisten bemühen, die Arbeiter der Unionen zum Wiedereintritt in die freigewerkschaftlichen Verbände zu bewegen. Gerade aus diesem Grunde müssen wir aber entschiedenen Einspruch erheben gegen die Methoden, die die Zeitung des Bergarbeiterverbandes jetzt gegen die eigenen Arbeitskollegen anwenden will. Der Bergarbeiter-Vorstand betrachtet den christlichen Verband, der eine Zeitlang durch den reaktionären Stegewart, den Führer der

sonst ihr Einkommen die Grenze von 10 000 Mark nicht überschreitet, sich an eine der genannten Fürsorgeorganisationen oder Werktagen von 8—1 Uhr an die Annahmestelle des Wohlfahrtsamtes (Baracke A. auf dem Neumarkt, Eingang gegenüber vom Oberpräsidium) wenden, um dort einen Antrag auf Nachlaß der Gebühren oder auf Vergabe von Gasmarken zu begründen. Die Entscheidung trifft in jedem Falle das Wohlfahrtsamt; das für eine Denkschriftung der Antragsteller Sorge tragen wird. Besonders zu beachten ist, daß die Neuregelung erst am Montag, den 2. Januar 1922 in Kraft tritt, daß also Anträge erst von diesem Tage ab entgegengenommen werden, daß der etwa zu gewählende Preisnachlaß nur für die neue Ablesung gilt und daß die Gasrechnungen von den Antragstellern vorzulegen sind.

Die Jagd nach den Hüten.

Eine Jagd nach Hüten veranstaltete Montag nachmittags ein Mann auf dem Eis der Ober an der Universitätsbrücke. Er hatte auch das Glück, mehrere Exemplare dieser Gattung, die im Vortage der Sturm von den Köpfen ihrer Besitzer geweht hatten zu finden. Ob er sich ihres Besitzes nun erfreuen kann oder ob er die Ausreißer nur aus reiner Nächstenliebe wieder eingefangen hat, um sie ihren Eigentümern wieder zurückzugeben, ist nicht bekannt.

Freiburg.

Für die weltliche Schule.

Vom Bund der freien Schulgesellschaften war auch in unserem Orte eine öffentliche Propaganda-Versammlung einberufen worden. Die Redner waren: Weber-Charlottenburg, ver-

Fabrikbesetzung in

Aus London wird gemeldet: Einmal, in der Färberei Ueberst wurde von erbitterten Arbeitslosen Verhandlungen erklärte die Direktion keine Ueberstunden mehr die Arbeitslosen abzogen.

Miffans flüchte

Aus Turin wird gemeldet: Kommunistische Abgeordnete Miffi Deserent zu zehn Jahren Gefängnis verlassen hat, beschäftigt in Rom und wird selbst in der in der die Ungültigkeitserklärung steht.

Bergarbeiterstreik i

Aus Madrid wird gemeldet: Minieren sind in den Generall-Unternehmern die Arbeitszeit vermindern wollen. Es wird versichert, die nötigen Maßnahmen zur Aufhebung getroffen haben.“ — Man freche der regierenden spanischen

Die revolutionäre Bewe

Aus Bombay wird gemeldet: Indien vom 17. bis 20. November und ein Amerikaner, sowie zwei Polizisten verletzt. Auf Seiten der 53 Tote und 298 Verwundete. verhaftet.

Aus Delhi wird gemeldet,

11. Dezember englische Truppen, nach Rajahmundry begaben, im englischen Truppen wählten sich die Angreifer in die Flucht, hatte Verwundete.

Der Prozeß gegen die 9 Angeklagten wurde am 9. Dezember im 73. zu sechs Monaten schweren I den letzten befindet sich ein Sohn Führers der indischen Nationalen Ahtikauend Kuli, die u Latia beschäftigt sind, sind in der

Gewerkschafts-

„Tarifvertrag und Un

Zu dieser Frage schreibt die „Der Arbeiter jeder ist ein ganz genau, daß Verträge mit Gehältern der vertragsschließenden Parteien. Er beizugeben aber die unzulässigen Vorkommen, geben ihnen denselben Urlaub,

gestellt, die Zinsen, die bis zu dem und dem Tage fällig sind, können nicht ausgebracht werden. Lieber arbeiten sie deshalb um einige Pfennige billiger, suchen eifrig jede ihnen zugewiesene Tätigkeit so auszuführen, daß der Unternehmer oder besser, dessen Betriebsleiter, keinen Anlaß zu Mißfallen hat. Was bleibt ihnen anders übrig? Sie müssen einen Erwerb haben, und zwar nicht irgendwo, sondern möglichst ganz in der Nähe ihres Anwesens, um noch mitbestehen zu können in der Wirtschaft zu Hause. Industrie- und Agrarkapital fließt sie an dieses Sklavensock.

Der städtische Industriearbeiter steht in dem vom platten Lande kommenden Arbeiter einen scharfen Konkurrenten, zumal in der Zeit der großen Arbeitslosigkeit. Diese Konkurrenz um Arbeit ist aber allgemein in der kapitalistischen Wirtschaft vorhanden. Auch die städtische Industriearbeiterschaft ist zu dieser Konkurrenz untereinander heute gezwungen. Alle Krisen, alle Schwankungen der kapitalistischen Wirtschaft hat das arbeitende Volk, haben die Ausgebeuteten zu tragen, was besonders jetzt in der durch die Kriegs- und Nachkriegs-Wirtschaft geschaffene Lage mit voller Schärfe zutage tritt. Nicht der an der Werkbank, an der Maschine stehende Arbeitsbruder vom Lande gefährdet die Existenz des städtischen Arbeiters, sondern beider Existenz ist gefährdet durch die kapitalistische Wirtschaftsweise.

Die täglich steigende Leuerung, hinter der der Arbeitslohn zurückbleibt, wie eine Schnecke hinter einem galoppierenden Pferd, trifft den Halbbauern genau so wie den städtischen Arbeiter. Mehr als je ist deshalb heute eine gemeinsame Kampffront aller Arbeitenden notwendig. Diese Kampffront darf nicht gefährdet werden durch die falsche Einstellung der städtischen, wie der vom Lande kommenden Arbeiter gegeneinander. Der gemeinsame Feind ist die heutige Wirtschaftsordnung. Es gilt, durch die vereinte Kraft des gesamten Proletariats in revolutionärem Klassenkampf die Grundlage zu schaffen, die notwendig ist zur Beseitigung der Verelendung des arbeitenden Volkes. Im Kampf gegen Industrie- und Agrikapitalisten, gegen die kapitalistische Profitwirtschaft, gilt es, die Selbstbestimmung über die gesamte Wirtschaft durch das arbeitende Volk, den Staat der Arbeiter und Bauern zu erzwingen.

Kleinbauern werden von der Junkterpresse verhöhnt.

Solange die Kleinbauern den Junkern und Großagariern politische Korrespondenzen leisten und den Ferkel für sie barstellen, wird der Arbeiterbauern von der Junkterpresse als der „wahre Träger des Fortschritts“ sehr gepriesen. Anders, wenn die Kleinbauern sich erlauben, selbst eine Meinung zu haben, selbst ihre Interessen zu vertreten, die im schärfsten Widerspruch stehen zu denen der Großagariern und deshalb zur politischen eine organisierte Selbständigkeit fordern.

Eine solche organisierte Selbständigkeit haben sich die Arbeiterbauern des Reiches Rando-Greiswalder in der „Freien Bauernschaft Rando“ geschaffen, die vorläufig ein Hetzorganisationsblatt herausgibt.

Die Junkterendliche, deutschlandweite „Greiswalder Zeitung“ hat nun das dringende Bedürfnis, der Deffektivität zu zeigen, wieviel Schaden sich bei ihr angestammelt hat, mit dem sie die „Freie Bauernschaft“ zu bedecken gedenkt. Wir entnehmen einer Notiz vom 2. November 1921 mit der Überschrift: „Schändlinge in der Landwirtschaft“ folgende Mäuten:

„Es sind Vorkommnisse, die da meinen, weil ihre Verantwortlichkeit nicht genügend Beachtung findet, müßten sie der Einheitsorganisation der Landwirtschaft Knäuel zwischen die Beine werfen... Betrügerische Gewerkschaft... Schändlinge... letzten Endes kommt es neben der Verpönderung doch immer nur auf ein Mittel an, den Geldbeutel an die Landwirte zu tun gut, wenn sie bei der Beherrschung solcher und ähnlicher „freier Bauernschaften“ die Augen auf und die Taschen zuzucken.“

Neben dem, daß die „Freie Bauernschaft“ als Attentäter bezeichnet wird, was natürlich auch der Schöpfer des Mitteilungsblattes nicht vergessen werden, was dem die „Greiswalder Zeitung“ berechnend sagt: wenn er aus Bauernhöfen, so doch noch lange kein Bauer sei.“ Ferner habe die Zeitung ein Verbot, das „unter aller Kanone“ sei.

Die „Greiswalder“ versteht wohl, sich etwas akademisch geklopftener ausdrücken, vertritt aber eine desto größere Geistesarmut, zumal würde sie nicht in solcher hysterischer Weise geifern, sondern sachlich sich auseinandersetzen. Der „Freie Bauernschaft“ ist das nur ein Verbot, daß sie den Junkern und Großagariern gewisse Stoffmengen macht. Das gesamte Kleinbauern, das mehr auf die Vertretung seiner Interessen, als auf eine gut gezielte, große Sache der Junkterendliche, kann daraus ersehen, daß das Großagariertum zu seinen höchsten Feinden zählt, trotz ihrem belächelten Auf: „Einheitsfront der Landwirtschaft“.

Es gilt deshalb, Kleinbauernorganisationen zu schaffen, die in Verbindung mit den unterdrückten Arbeitern die „Einheitsfront aller Werktätigen“ gegen die Ausbeuter herzustellen.

Deutschland wird aufgetauft

Nicht genug, daß der deutsche Arbeiter und Arbeitsbauer seine Arbeitskraft an die Kapitalisten seines eigenen Landes verkauft, muß er obendrein auch den ausländischen Kapitalisten dienen. Infolge der niedrigen Wälua wird die deutsche Ware in großer Maße ins Ausland verschleudert. Nicht nur der Industriearbeiter, sondern auch der Kleinbauer wird allmählich immer mehr sehen, wie die Macht des internationalen Kapitalismus ihn zu seinen Sklaven macht. So hören wir, daß im Gebiet zwischen Wesel und Emmerich große Waldbestände an Fichten und Birken abgeholzt und nach Holland verkauft werden. Für einen Hof von 36 Morgen Ackerland und 10 Morgen Wald wurden eine Million Mark gezahlt, während das Anwesen etwa 120 000 M. Wert hatte.

Je mehr Deutschland von seinen realen Werten verschleudert, desto mehr wird die Wälua sinken, das deutsche Geld an Wert verlieren. Dabei steigen die Preise auf dem inländischen Markt mehr und mehr. Der Kleinbauer und Landarbeiter kann mit seinem geringen Einkommen immer weniger kaufen.

Lebensmittelnot und Ausverkauf.

Die Rehrseite der Scheinkonjunktur und der kolossalen Geldentwertung zeigt sich in wahnwitziger Leuerung, in Angst- und Spekulationskäufen der Reichs- und der Ausländer und in wucherischer Zurückhaltung von Lebensmitteln. Die Kartoffeln steigen. Die Fettpreise steter immer höher. In einer Reihe von Artikeln des täglichen Bedarfs, z. B. Wäsche, Kleider, Stiefel usw., findet ein förmlicher Ausverkauf statt. Das erfordert sofortiges Eingreifen der Arbeiter. Wie in der Steuerkampagne, muß in erster Linie in Gewerkschaften, Genossenschaften, bei den Frauen angefaßt werden. Gewerkschaften und Genossenschaften müssen zu sofortigen Schritten mobilisiert werden. Man muß auf Massendemonstrationen drängen.

In einem Rundschreiben der Zentrale der A.D. an die Organisationen werden als die nächsten Forderungen nachstehende Punkte aufgestellt:

1. Sofortige Schaffung von Erfassungskommissionen in Stadt und Land, mit dem Rechte der Nachschau und der Beschlagnahme von Lebensmitteln, sowohl bei den Produzenten wie bei den Händlern, wie in Privathäusern. (Vertretung der Landarbeiter und Kleinbauern in diesen Kommissionen ist unbedingt erforderlich.)
2. Strenge Transportkontrolle auf Eisenbahnen und Landstraßen durch die Betriebsräte der Eisenbahnen und Transportarbeiter mit dem Recht, innerhalb des Rahmens allgemeiner Anweisung anzuhalten und zu beschlagnehmen.
3. Planmäßige Verteilung aller wichtigen Lebensmittel und Gebrauchsgüter durch die Gemeinden unter Zuhilfenahme des technischen Apparates der Konsumgenossenschaft. Den Konsumgenossenschaften ist das Monopol der Verteilung an die Bevölkerung zu übertragen. Sie müssen das Recht erhalten zur Beschlagnahme von Transportmitteln, Lagerräumen, Verkaufsstellen usw. Kleinhändler sind von ihnen zu befreien. Zur Kontrolle der Verteilung werden Konsumgenossenschaftsausdehnt aus der organisierten Arbeiterklasse (einschließlich der Angehörigen und unteren Beamten) gebildet. Für die einzelnen Provinzen und für das Reich ist eine Verteilungsausgleichsstelle zu bilden.
4. Zur Durchführung dieser Maßnahmen ist eine Wucherpolizei aus der organisierten Arbeiterklasse zu bilden; Verhöfe sind von Wuchergerichten abzurufen, die aus organisierten Arbeitern zusammengesetzt sind.
5. Die gesamte Ausfuhr ist in der Hand des Reiches zu monopolisieren. Kontrolle durch Gewerkschaften, Genossenschaften und Betriebsräte.
6. Festsetzung von Höchstpreisen durch Gewerkschaften und Genossenschaften in Verbindung mit Landarbeiter- und Kleinbauern-Organisationen (Landwirtschaftliche Genossenschaften).

Zwiel Futtermittel in Deutschland!

Dem „Vorwärts“ wird geschrieben: Die Landwirtschaft klagt über Futtermangel und weiß nicht, wie sie das Vieh durch den Winter bringen soll. Trotzdem gehen aber Futtermittel, welche für die Erhaltung des Viehstandes dringend notwendig sind, ins Ausland. Die in den Delmnöhlen als Reststoffe gewonnenen Delfuden, die zu den besten Futtermitteln gehören, werden zum größten Teil nach dem Ausland verkauft. Soll unsere Viehzucht nicht schweren Schaden leiden, muß hier schnellstens eingegriffen und die Ausfuhr verboten werden. Ja, wenn der Kleinbauer eben so viel bezahlen könnte, wie durch Verkauf nach dem Ausland infolge des hohen ausländischen Geldwertes erreicht wird, dann würden ihm für sein Vieh diese Futtermittel zur Verfügung stehen. Die kapitalistische Wirtschaft fragt eben nicht, ob da oder dort dringender Bedarf vorliegt, sondern danach, wo am meisten bezahlt wird, wo der größte Profit zu machen ist. Das arbeitende Volk muß sich die Macht erkämpfen, die notwendig ist, um die Wirtschaft nach seinen Interessen zu regeln.

Schanipielhaus
Opern- und Konzertsäle
Sonnabend 8 Uhr
Die Sonntagsspiele
Sonntag 10 Uhr
Das Revueprogramm

Freiwillige
Kassensammlung
am Sonntag 10 Uhr
Das Revueprogramm

Zeltgarten
am Sonntag 10 Uhr
Das Revueprogramm

Musikhaus
am Sonntag 10 Uhr
Das Revueprogramm

Meize
am Sonntag 10 Uhr
Das Revueprogramm

Freiwillige
Kassensammlung
am Sonntag 10 Uhr
Das Revueprogramm

Musikhaus
am Sonntag 10 Uhr
Das Revueprogramm

Meize
am Sonntag 10 Uhr
Das Revueprogramm

Freiwillige
Kassensammlung
am Sonntag 10 Uhr
Das Revueprogramm

Musikhaus
am Sonntag 10 Uhr
Das Revueprogramm

Meize
am Sonntag 10 Uhr
Das Revueprogramm

Arbeiterzeitung

Organ der Kommunistischen Partei Deutschlands. Bezirk Schlesien (Sektion der Kommunistischen Internationale)

Bezugspreis: Einzelnummer 30 Pf. Durch Austräger 1.90 Mt. pro Woche, 7.50 Mt. pro Monat. Durch die Post 7.50 Mt. pro Monat. Sprechstunden für die Redaktion: Nachmittags 5-6 Uhr. Produktionsgenossenschaft für die Provinz Schlesien, z. B. m. b. H., Breslau. Postfachkonto Nr. 31059. - Fernsprech-Anschluss: Ring Nr. 8837.

Freitag, 23. Dezember 1921

Anzeigenpreise: Die 9 gespaltene Millimeterzeile oder deren Raum 0.80 Mt., auswärts 0.90 Mt. Stellen- und Wohnungsangebote, Familiennachrichten, Vereins- und Verkaufsanzeigen 0.40 Mt. Mellem: Die Millimeterzeile, 3 gespaltene oder deren Raum im Text 8.- Mt.

Der Kapitalismus bereitet neue Kriege vor.

An die Arbeiter und Arbeiterinnen aller Länder!

Die pathetischen Friedensreden der Eröffnungstage zur Washingtoner Konferenz sind verlungen. Das Gerücht über die bombastischen Programme, über die Rüstungsbeschränkungen ist verstummt. Die Washingtoner Konferenz der Weltkrieger hat sich in die Dunkelkammer der geheimen Kommissionen verfrachtet. Jetzt schäfern sie hinter den Kulissen um Nordwest-Territorien und kapitalistische Vorrechte. Nur von Zeit zu Zeit erfährt die Öffentlichkeit etwas von dem, was hinter den Kulissen vorgeht. Allemal dann, wenn einer der Räuber dem anderen die Beute verläuzeln will, flüchten sie in die Öffentlichkeit, um ihre „wohlerworbenen“ Rechte wie ein Marktweib feiend zu verteidigen.

Obwohl tausende Zeitungen verkünden, daß in Washington die Rüstungen beschränkt werden, so ist dennoch dadurch keine einzige Aktie irgend einer Nordwestfabrik auf der Börse im Kurse gefallen. Die russische des Weltkapitals, die Kanonen- und Kriegsschiffbauanten ließen sich durch das Friedensgestammel nicht ängstlich machen. Sie kannten ihre demokratischen und zivilisierten Regierungen zu gut, als daß sie auch nur für einen Augenblick befürchten hätten, daß die Herren Harding, Lloyd George, Briand und Kato die Profite des Rüstungskapitals schmälern könnten. Sie wissen sehr gut, daß die republikanische Regierung Amerikas, die Regierung der Bethlehem-Steel-Corporation, daß die Regierung Lloyd George, des Freundes des Kriegskapitalanten Basil Sacharow, mit Bickers und Amstrong keinen Kampf beginnen kann. Sie wissen auch, daß die Regierung Briands abhängig von dem nationalistischen Völk, die Gefangene von Schneider-Creuzer ist. Aber selbst wenn die Herrscher Frankreichs, Englands, Amerikas und Japans nicht so unig mit dem Rüstungskapital verbunden wären, wie könnten sie auf das Rüstung verzichten? Sie sind nicht imstande ihre kapitalistischen Interessen irgendwie in Einklang zu bringen. Von Profitgier getrieben, belauern sie sich gegenseitig mit tiefem Mißtrauen, stehen immer auf dem Sprung wie Raubtiere im Kampf um einen Knochen, jederzeit bereit, sich die Zähne in den Hals einzugraben.

Eine Einschränkung der Rüstungen, um nicht von ihrer Aufhebung zu sprechen, wäre nur dann möglich, wenn die kapitalistischen Regierungen ein allgemeines Abkommen über die Verteilung ihrer Macht, über die von ihnen beherrschten Völker zu treffen imstande wären, die wenigstens Ordnung irgendwelcher Art auf kapitalistischer Basis schaffen würde. Die Sieger des Weltkriegs haben Deutschland eine Kontribution auferlegt, unter der das Land zusammenbricht. Um aus dem, dem Bankrott unentrinnbar entgegengehenden Lande die Tribute auszupressen, hält Frankreich eine Armee von 880 000 Mann aufrecht, die fünf Milliarden Franks verschlingt. Für seine soziale Gefährdung hat es nur eine halbe Milliarde übrig. Mit dieser Armee und den von Frankreich ausgesandten Armeen seiner Vasallen: Seren, Rumänien und der Dschesloswakei beherrscht Frankreich Europa. Sein Hauptquartier in Europa, der englische Imperialismus, bietet ihm die Spitze durch die Aufrechterhaltung einer Flotte, die alle Zugänge zu den europäischen Staaten unter ihren Kanonen hält. England sucht seine Stellung Frankreich gegenüber zu stärken, indem es Italien zum Rücken aufstellt. Mit der italienischen Flotte will England Frankreich im Mitteländischen Meer stören, durch das die wichtigste Verbindung Englands zu seinen asiatischen Kolonien geht. Frankreich verlangt das Recht neben der größten Armee eine zweitklassige Flotte zu besitzen und mit Unterseebooten ausgerüstet zu sein, damit es im Kriegsenglands Lebensmittelpflichten auf dem Atlantischen Ozean führen kann. Diese Lage im Atlantischen Ozean und Mitteländischen Meer, wie die Lage auf dem europäischen Kontinente macht es unmöglich, durch ein Abkommen über die Rüstungen im Stillen Ozean die Last der Rüstungskosten zu verhindern. Im Stillen Ozean liegen die Dinge an und für sich außerordentlich verwickelt. Japan, der junge selbstbewußte Pfländerer des fernsten Ozeans, hat während des Krieges sich nicht nur bereichert auf Kosten seiner Verbündeten, sondern es hat zur früher schon geraubten Mandchurie dem wehrlosen China die reiche Provinz Shantung geraubt und eine große Anzahl von Konzessionen auf Kohle und Eisen von China erpreßt. Die Vereinigten Staaten Amerikas, noch mehr als Japan im Weltkrieg bereichert, strengen nach Kapital, suchen Japan die Beute abzujaagen. Zu diesem Zwecke fordern sie von England das Aufheben des Bündnisses mit Japan, und sie suchen den Japanern zu verbieten, eine größere Flotte als 60 Prozent der amerikanischen zu besitzen. Dagegen wehrt sich nicht nur der überfallene japanische Räuber. Trotz aller heißen Redensarten von der Solidarität der anglosächsischen Nationen sucht England seine Verhältnisse zu Japan in dieser oder anderer Form zu retten, denn die Vereinigten Staaten Amerikas sind sein mächtigster Konkurrent auf dem Weltmarkt. Zerreißt England wirklich das Bündnis mit Japan und hat es sich verpflichtet, keine größere Flotte als Amerika zu besitzen, so ist die Stellung des englischen Imperialismus in dem Rate der kapitalistischen Mächte bei der Teilung der Weltbeute geschwächt.

Aus allen diesen Gegensätzen in Europa und Asien, aus allen diesen Kämpfen um Deutschland, die Türkei und China hat sich ein Kränzel gebildet, den die Sieger von Versailles nicht entwerten können. Die Konferenz von Washington wird mit nichts enden, selbst wenn die kapitalistischen Großmächte ein papierernes Abkommen schaffen, das in Worten allen Nationen und Staaten das Recht verkündet und den Willen ausdrückt, die Kriegstafel, unter der die Völker ähgen, zu erleichtern.

Die Gefahr neuer Kriege ist nicht vorbei.

Die Rüstungsarbeiten und die Kriegsvorbereitungen werden ihre Arbeit nicht unterbrechen. Die kapitalistische Diplomatie wird nicht aufhören, neue Bündnisse zu schmieden, von denen jedes ein Versuch ist, die Rüstungsarbeiten zu erleichtern.

stischen Regierungen haben eine große Angst vor neuen Kriegen. Sie alle fürchten, daß die Arbeitermassen sich zum zweiten Mal nicht in einen Weltkrieg um kapitalistische Interessen hineinziehen lassen. Diese Angst wird die kapitalistischen Regierungen immerfort zu neuen Verständigungsversuchen treiben, aber jeder wird enden mit der Verschärfung der internationalen Lage. Der Kapitalismus bedeutet internationale Konkurrenz, und diese gebärt neue Kriege. Wenn die internationale Arbeiterklasse sich über alle Gegensätze hinweg nicht zusammenfindet zur eisernen Gegenwehr, wenn sie die Beziehungen zwischen den Völkern nicht in die eigenen Hände nimmt, so wird sie eines Tages wieder vor die Tatsache eines neuen Weltbrandes gestellt werden. Der Kampf gegen die kapitalistische Ausbeutung und Kriegspolitik darf nicht verschoben werden, bis das Gepeiß des Weltkrieges wieder grausame Wirklichkeit wird, das in seinen Armen das Proletariat erneut erdroffelt. Es gilt jetzt mit eiserner Energie, jetzt sofort, in allen Ländern den Kampf gegen die Gefahr neuer kriegerischer Abenteuer, neuer Gewaltakte, zu beginnen.

Gegen die Plünderung Deutschlands.

In zwei Punkten der Welt drohen in nächster Zeit neue Verwicklungen. In den Winter- und Frühjahrsmonaten des Jahres hat das ausgepowerte Deutschland neue Tribute den Alliierten zu bezahlen, das Land, in dem die Lebensmittelpreise sich in den letzten Monaten verdoppelt haben, das Land, in dem nicht nur der Arbeiter, sondern auch das Kleinbürgerum kein Stückchen Fleisch zu sehen kriegt, soll den Alliierten neue Milliarden bezahlen, seine Industrie noch weiter ruinieren. Der französische Imperialismus versteht, daß es unmöglich ist, versteht, daß Deutschland am Ende seiner Kraft angelangt ist. Aber die französische kapitalistische Regierung, die mehr als die Hälfte ihrer Einnahmen zur Bezahlung der Zinsen an die Kriegswucherer benutzt, wagt nicht, die bestehenden Klassen zu besteuern. Sie denkt nicht daran, die Kosten der Rüstungen zu mindern, die 42 Prozent der übrigen Ausgaben ausmachen. Sie ist entschlossen, das wachsende Defizit in ihrem Budget dadurch zu decken, daß sie mit dem Bajonett in der Hand Deutschland zwingt, zu zahlen. Das internationale Proletariat hat keine Sympathien für die deutsche Bourgeoisie, eine der Hauptschuldigen des Weltkrieges, für die Bourgeoisie, die ihre jetzige Herrschaft auf den Knochen der 2000 in der Revolution gemenschelten Proletarier gebaut hat und sie mit dem Blute Rosa Luxemburgs und Liebknechts gefittet hat. Das internationale Proletariat kennt die Art der eingeschickerten und ruinierten Dörfer und Städte Nordfrankreichs. Aber das internationale Proletariat und in erster Linie die französische Arbeiterklasse muß verstehen, daß die Alliierten nicht aus der deutschen Bourgeoisie, sondern aus dem deutschen Proletariate die Tribute auszupressen, daß sie den deutschen Proletarier zum Leben eines Nulls verurteilen, dessen billige Arbeit Konkurrenz den Arbeitern Frankreichs, Englands und Amerikas bereiten und ihre Lebenshaltung verschlechtern wird. Darum sagen wir dem internationalen Proletariat, darum sagen wir in erster Linie den französischen Arbeitern: Erhebt schon heute eure warnende Stimme gegen die Vorbereitungen zu einem Einmarsch ins Ruhrgebiet. Bereitet euch vor auf den Kampf gegen die verbrecherische Politik der französischen Regierung, laßt euch nicht täuschen durch die Verhandlungen über einen Aufschub der Zahlungen usw. Denn solche Maßregeln werden die Kräfte nur verschleppen, um dann zu desto schwereren Konflikten zu führen.

Gefahr des polnischen Ueberfalls auf Sowjet-Rußland.

In Polen zeigt sich die Bourgeoisie immer unfähiger, die ungeheure Zerrüttung der Wirtschaft und der Finanzen, die sie durch ihre Kriegsabenteuer gegen Sowjet-Rußland herbeigeführt hat, einzudämmen. Der wachsende wirtschaftliche Zerfall erzeugt eine immer härter werdende revolutionäre Gärung, der Einfluß der kommunistischen Partei wächst trotz der wütenden Verfolgungen mit jedem Tage. Gleichzeitig verschärfen sich die Gegensätze im Lager der Bourgeoisie, denn die Herrschaft der militaristischen Clique Piłsudskis scheint den besitzenden Klassen keine genügende Garantie der Erhaltung der kapitalistischen Ordnung zu sein. Bedrängt durch die wachsende revolutionäre Welle von der Linken und die erschrockene um ihre Macht zitternde Bourgeoisie von der rechten Seite bereitet die militaristische Oligarchie Polens, die Proklamierung ihrer Diktatur im Innern, die Errichtung im Blute der proletarischen Bewegung und gleichzeitig, wenn es ihr gelingen sein wird, den Krieg gegen Sowjet-Rußland vor. Sie spekuliert darauf, daß der Hunger in Sowjet-Rußland es zu einer leichten Beute der polnischen Banditen machen wird. Sie spekuliert darauf, daß, wenn sich die Situation genügend verschärfert, die französische Regierung zu den zwei Milliarden Franks, die sie in den Taschen des polnischen Militarismus gemorwen hat, weitere weihen wird, um auf diese Weise sich die bisherigen Opfer bezahlen zu lassen und in Rußland eine weißgardistische Regierung in den Sattel zu setzen, die aus dem russischen Volke sofort die Zinsen für die zaristischen Schulden auszupressen beginnen würde. Die polnische Regierung hat sich für diesen Krieg durch ein Abkommen mit den rumänischen Sozialen geehrt, und sie hat neuerdings mit der tschechoslowakischen Bourgeoisie ein Abkommen geschlossen, das ihr den Durchlaß der Kanionen sichert. Diesen verbrecherischen Plänen gilt es mit aller Energie entgegenzutreten, die Arbeiter aller Länder, in erster Linie die Nachbar Polens haben alles zu tun, um in diesem Winter und Frühjahr keinen einzigen Waggon, kein einziges Stück mit Kriegsausrüstung nach Polen hereinzulassen.

Die Arbeiterklasse muß kämpfen.

Arbeiter und Arbeiterinnen! Nur, wenn ihr dem Weltkapital in entschlossener Weise entgentretet, wenn ihr in den Parlamenten, in eurer Presse und in euren Versammlungen die Volksmassen aller Länder über die drohenden Gefahren aufklärt, wenn ihr sie zum Kampfe gegen die neuen kriegerischen Gewaltakte anspornt, werdet ihr die Kraft entwickeln und sammeln, die notwendig ist, um der Politik der Rüstungen und der Politik der Vorbereitung des neuen Weltkrieges Halt zu gebieten. Alle Abrüstungsprogramme, alle Forderungen der Einschränkung der Kriegsausstattungsansgaben, jeder Schrei nach Winderung der Steuerlast, bildet eine unnütze Verschwendung von Worten, wenn die Arbeiter in allen Ländern nicht ihre Kräfte sammeln, in geschlossener Front gegen die Bourgeoisie und ihre Politik. Nur wenn die Arbeiter in jedem Lande sich zusammenfinden zum gemeinsamen Kampfe gegen die Bourgeoisie werden sie ihr die Kosten des letzten Sieges aufbürden, werden sie den Rüstungen Halt gebieten, werden sie Wege und Mittel finden, um sich international zu verständigen zum gemeinsamen Wiederaufbau nicht nur des zerstörten Nordfrankreichs und Belgiens, sondern des zerrütteten Serbiens, des verwüsteten Polens und Rußlands nur indem sie die Kriegsfrent gegen die Bourgeoisie ihres Landes wenden, werden sie eine internationale Front des kämpfenden Proletariats bilden, die Produktivkräfte der Welt zusammenfassen zum Aufräumen der Ruinen des Weltkrieges und neuen Aufbau. Solange die Arbeiter aller Länder das nicht verstehen, wird die Weltwirtschaftskrise sie zur Arbeitslosigkeit verurteilen, werden die Länder verkommen, die Rohstoffe liefern und Waren, und in der sich immer mehr zu einer Wüste verändernden Welt werden die Hyänen des Weltkapitals wirtschaften.

Nieder mit der Washingtoner Friedenskomödie! Nieder mit den neuen Rüstungen!

Kampf gegen die Vorbereitung des Ueberfalls des französischen Imperialismus auf Deutschland!

Kampf gegen die Abenteuer der polnischen Militaroligarchie!

Es lebe die gemeinsame Front aller Proletarier gegen die kapitalistische Weltreaktion!

Es lebe die Kommunistische Internationale, die Vorkämpferin des internationalen, gemeinsamen Kampfes aller Proletarier!

Die Exekutive der Kommunistischen Internationale.

Was sind Sachwerte und wie werden sie erfasst?

Sie entnehmen dies Kapitel der in den nächsten Tagen erscheinenden, vom Bezirk Kasselerante der K.P.D. herausgegebenen Broschüre: „Wer soll Steuern zahlen?“

In den Auffassungen über Sachwerte und Goldwerte herrscht mancherlei Verwirrung. Zunächst haben die Goldwerte nichts mit Gold zu tun. Es handelt sich weder um die trotz aller vaterländischen Aufrufe im Krieg bei Besitzenden immer noch vorhandenen Goldstücke, noch um Schmuckstücken und anderes aus Gold und Goldeswert.

Nehmen wir uns an Beispiele. Ein Mann hat sich vor dem Kriege für seinen Lebensabend 100 000 Mark erpart und auf die Sparkasse getragen, wo sie ihm einige Zinsen brachten. Bei mäßigen Ansprüchen konnte er damals von den Zinsen gut leben. Heute reichen die Zinsen noch nicht zwei Monate für den Lebensunterhalt. Und wenn der Mann nicht mehr arbeiten kann, aber noch eine Reihe von Jahren zu leben hat, so muß er das Kapital, die 100 000 Mark angreifen, die bald aufgezehrt sind. Auf diese Weise sind viele alte, einst für wohlhabend geltende Leute arm geworden und sehen mit Bangen in die Zukunft.

Nehmen wir aber einen Gutsbesitzer. Angenommen, er hat vor dem Kriege ein Gut für 300 000 Mark gekauft, davon 150 000 Mark selbst bezahlt und 150 000 Mark fremdes Geld als Hypothek aufgenommen. Sein Geld ist nicht entwertet. Im Gegenteil! Er verkauft heute sein Gut und erhält zwei bis drei Millionen Mark dafür. Die Hypothek von 150 000 Mark zahlt er aus und behält für sich die runde Summe von zwei Millionen Mark.

Nehmen wir an, dieser Gutsbesitzer verkauft sein Gut nicht. Wenn er „Beisitzern“ zahlen soll, dann zahlt er sie für 300 000 Mark, für den damaligen Kaufpreis des Gutes. Der wirkliche, der heutige Wert bleibt unverändert. (Während der Lohn- und Gehaltsempfänger bekenntlich jeden Pfennig der fargen Einnahme versteuern muß.) Wenn aber der Gutsbesitzer nach dem wirklichen Wert besteuert würde, so wäre das eine Besteuerung nach Goldwert, die der Gutsbesitzer durch hohe Lebensmittelpreise abwälzen würde, sobald das möglich ist. Die Besteuerung der wirklichen Werte hat mit der Erfassung nichts zu tun.

Also kann eine durchweg leicht abgewälzte Steuer nicht als Erfassung der Sachwerte ausgegeben werden. Und doch geschieht es, weil die Besitzenden und die bürgerliche Presse die Massen verwirren und täuschen wollen. Und wenn nun gar die Industriekönige dem Staat Geld leihen, ihm einen Kredit geben, wobei sie ein Geschäft machen, so ist das keine Goldwert- oder Sachwertbesteuerung, nicht einmal eine Goldwertbesteuerung, sondern eben ein Geschäft für den Besitzenden. Wer das Gegenteil behauptet, ist ein Narr oder ein Betrüger.

Den Gipfel der Frechheit erklimmt wieder einmal der Finanzminister des Kriegsbankerotts, der Deutschnationalen Selbstherrsch. In der „Deutschen Tageszeitung“ (25. 6. 21) schrieb er:

„Auch bei den Arbeitslöhnen ist die Angleichung an die Geldbewertung allerdings noch keine vollständige. Aber sie ist hier weit stärker und nachhaltiger als bei allen anderen Einkommenszweigen. Wenn irgendetwas in Deutschland heute „Goldwert“ ist, dann ist es die Arbeitskraft, am allermeisten die rein körperliche, ungelernete Arbeitskraft.“

Wenn die Löhne sich in Wirklichkeit zur Geldbewertung verhalten, haben wir an anderer Stelle bewiesen und jeder Arbeiter und Angestellte fühlt es am eigenen Leibe. (Siehe die in einigen Tagen erscheinende Broschüre. D. Red.)

Sachwerte, um bei diesem nicht zweideutigen Worte zu bleiben, das ist der Besitz an Fabriken, an Gütern, an Grund und Boden, Häusern, an Handelsbetrieben, an Banken, an Aktien usw. Also Sachwertbesteuerung heißt, daß zum Beispiel von den zehn Millionen Aktien, die eine Gesellschaft ausgegeben hat, der Staat 25 Prozent, den vierten Teil oder mehr für sich beansprucht, sie für sich mit Beschlag belegt. Das Geld bleibt im Betrieb, aber der Staat bekommt den vierten Teil aller Gewinne, er wird Mitbesitzer. Jede Wertsteigerung kommt auch ihm zugute. Diese Steuer, die Erfassung der Sachwerte, wird durch die Geldbewertung nicht vermindert.

Und wo es sich nicht um Aktiengesellschaften, sondern um Einzelbesitzer handelt, da wird der Staat als Mitbesitzer, als Teilhaber eingetragen. Es versteht sich, daß keine Besitzer ausscheiden.

Das ist die Erfassung der Sachwerte, von der die Besitzenden nichts wissen wollen. Denn sie wissen wohl, daß damit der erste Schritt zu einer wirklichen Belastung der Besitzenden getan wäre und daß der Staat in die Lage käme, eine wirkliche Kontrolle auszuüben.

Allerdings, dieser Staat, mit den heute noch herrschenden hohen Bürokraten, die es nicht einmal fertig bringen und teils nicht fertig bringen wollen, die geiziglich beschlossenen Steuern einzuziehen — dieser Staatsapparat wird auch dann noch die Schiebungen allein nicht hindern können. Die Kapitalisten werden versuchen, für die nichtstaatlichen Besitzteile sich Sondervorteile zu verschaffen, sie werden dann erst recht Kapital in Form von Geldzeichen oder Waren ins Ausland zu vertrieben suchen. Sie werden durch starke Preissteigerungen und durch die Erhöhung der Ausbeutung der Arbeiter und Angestellten sich schadlos halten wollen. Wie denn überhaupt die Beteiligung des Staates nicht eine Verschärfung des Strebens

nach Aufwergewinnen bringen darf, sondern auf die Förderung der Erzeugung Lebensnotwendiger Artikel gerichtet sein muß.

Dazu und um alle Winkelzüge der Kapitalisten zu verhindern, ist es nötig, daß gleichzeitig die Arbeiter und Angestellten durch ihre Betriebsräte Einfluß haben auf die Warenherstellung überhaupt, daß eine Erweiterung der Rechte der Betriebsräte durchgeführt wird, daß insbesondere die Betriebsräte bei der Preisfestsetzung mitbestimmen, die Kontrolle der Produktion ausüben.

Es ist klar, daß die Besitzenden sich mit allen Mitteln gegen die Erfassung der Sachwerte wehren werden. Sie wollen nicht, daß der Staat sie kontrolliere, sondern sie wollen den Staat kontrollieren, ihn sich untertan machen und den Staatsapparat völlig in ihre Hände bringen. Der Staatsapparat soll ihr Vordarm sein, der die Massen niederhält, für „Ruhe und Ordnung“ sorgt, damit das Ausbeutungsgeschäft nicht gestört werde, damit alle Lasten auf die breiten Massen abgewälzt werden können, damit das für die arbeitenden Massen unerträglich gemordene kapitalistische Wirtschaftssystem erhalten bleibe, auch wenn — wie Professor Gruber und der Industrielle Böglner annehmen und wie der Statistiker Kuczynski bestätigt — 15 Millionen Menschen zugrunde gehen.

Also wird der Kampf hart auf hart gehen. Es stehen die Millionenmassen des arbeitenden Volkes gegen die kapitalistische Oberschicht und ihre bezahlten und unbezahlten Helfer.

Entweder das Großkapital triumphiert und beugt das arbeitende Volk in ein Joch, schwerer und härter denn je, oder das arbeitende Volk beugt das herrschsüchtige Großkapital.

Volkstische Übersicht.

Das Urteil im Rapp-Prozess.

Im Rapp-Prozess wurde heute nachmittag das Urteil verkündet. Der Angeklagte von Jagow wird wegen Beihilfe zum Hochverrat unter Zuhilfenahme mildernder Umstände zu fünf Jahren Festung verurteilt. Das Verbrechen gegen die beiden Angeklagten Dr. Schiele und v. Wangenheim wird eingestellt, da sie nicht als Führer anzusehen sind. Die durch das gesetzliche Verfahren entstandenen besonderen Kosten werden der Staatskasse auferlegt, die übrigen Kosten fallen dem Angeklagten v. Jagow zur Last.

Die Komödie ist zu Ende. Wie der Verlauf, war auch der Abschluß. Jagow erhält fünf Jahre Festung. Was das für eine Strafe für einen Monarchisten ist, kennt man. Man erinnere sich nur an den Eisner-Mörder v. Arco, dessen Festungshaft besteht aus Gelagen, musikalischen Unterhaltungen, Damenbesuchen usw. usw.

Noch schlimmer ist jedoch der Freipruch von Schiele und Wangenheim. Diese beiden Hochverräter, die die Hauptschuld mit tragen an dem Rapp-Fall mit seinen schweren wirtschaftlichen Schäden, mit den vielen Arbeitermorden, werden freigesprochen. Obwohl Schiele an den Vorbereitungen durch die Nationale Vereinigung, obwohl Wangenheim mit einem Lieferstreik der landwirtschaftlichen Produkte drohte und somit Tausende erwerbslos dem Tode überliefern wollte, und obwohl beide an den sogenannten Kabinettsitzungen des viertägigen Rapp-Ministeriums eifrig beteiligt waren, gelten sie nicht als Führer im Sinne des Amnestiegesetzes und werden freigesprochen.

Diesen Urteilen gegenüber denke man an die Bluturteile der Ausnahmegerichte, wo Arbeiter zu mehrjährigen Zuchthausstrafen verurteilt wurden, nur weil sie im bewaffneten Haufen angeschlossen hatten. Bei den Arbeitern wurde vorausgesetzt, daß sie sich voll der Tragweite ihrer Handlungen bewußt waren, bei den adligen

akademisch gebildeten Hochverrättern wurde das nicht angenommen.

Wieder ein neues Klassenurteil. Das revolutionäre Proletariat wird einst alle diese Klassenurteile revidieren und seinen Spruch fällen.

Eisenbahnerstreik im Bezirk Rattowitz.

Die Eisenbahner der Eisenbahndirektion Rattowitz hatten bis heute abend das Ultimatum gestellt, die Besatzungszulage ausgezahlt zu erhalten. Da dies nicht erfolgt ist, traten sie in den Streik, so daß am Abend kein Zug mehr verkehrte und auch der um 9 Uhr fällige Berliner Schnellzug nicht abgelaufen werden konnte.

Schlesische Rundschau.

Verhungert.

Ein Arbeiter schreibt uns:

Im Armenhause in Hennigsdorf, Kreis Trebnitz, war eine alte Frau untergebracht, die in den ärmlichsten Verhältnissen lebte. Um sich eine warme Stube zu machen, ging sie oft in den Wald nach Holz. Als sie kürzlich nicht zurückkehrte, stellte man Nachforschungen an und fand die alte Frau erfroren im Walde auf. Jedenfalls ist sie entkräftet zusammengebrochen und hilflos dem Tode ausgeliefert worden.

Wirklich, es lebt sich herrlich in der „demokratischen“ Republik. Alte Leute werden dem Hungertode preisgegeben — die Schieber und Wucherer prassen und schlemmern. Die Gebuld der Arbeiterschaft ist doch riesengroß.

Ein Muster von Menschenfreund.

In Schlesien, wo jetzt der Landbund, also die um Nichtfarmen und Genossen mit dem gelben Zentralverband der Landarbeiter eine sogenannte Dorf- und Volksgemeinschaft predigen und die Junker dabei vor Wohlthätigkeit für das arbeitende Volk tadeln, wird schon bei Beginn der Propaganda für diese Dorfgemeinschaft gezeigt, wie sie in Wirklichkeit aussieht.

Auf dem Gute des Herrn Krantzsch in Gemmelwitz bei Zauer sind zwei Landarbeiter beschäftigt, deren Frauen je ein Kind von drei Monaten haben. Obwohl jede dieser Frauen in der Woche drei Tage bei diesem Gutsbesitzer arbeitet, und mit den Kindern, die krank sind, laut ärztlicher Anordnungswise bis dreimal in der Woche nach der 1 Stunde entfernt gelegenen Stadt zum Arzt laufen müssen, verlangt dieser Krantzsch, die Frauen sollen jeden Tag arbeiten kommen. Auf den entschiedenen Einwand ihrer Männer erklärte dieser Menschenfreund: „Die Kinder brauchen nicht so oft zum Arzt, das ist nicht nötig.“

Die Kinder der Landarbeiter können ja zu Grunde gehen, die Hauptsache ist, der Profit des Junkers ist recht groß.

Wahrlich ein treffendes Beispiel, wie die Wirkung der Dorfgemeinschaft aussieht und wie sie die Junker auffassen. Landarbeiter, laßt Euch nicht betören durch die Schmalmeien der Junker und Gelben, reißt ihnen die Heuchlermaske vom Gesicht! Kämpft für Eure Existenz!

Wirtschaftliche Übersicht.

Konferenz des Reichs-Erwerbslosen Ausschusses.

Am Freitag, den 9. Dezember, waren die Landesverbände und die Mitglieder des erweiterten Reichsausschusses der Erwerbslosen Deutschlands zu einer Konferenz zusammengetreten. Trotz des Niederganges der Arbeitslosenziffer und der teuren Jahrespreise waren außer Baden und Preußen alle Bezirke vertreten. Der Vorsitzende, Ehrlich, begründet in längeren Ausführungen die Notwendigkeit der Konferenz. Nach dem Kongress in Magdeburg ist mancherlei eingetreten, was einer dringenden Klärung bedarf. Durch den Niedergang der Erwerbslosenziffern geht auch die Zahl der örtlichen Erwerbslosenvertretungen zurück, so daß etliche Bezirke gänzlich ausgefallen sind. Sollte das Steigen der Konjunktur anhalten, so wird naturgemäß die Verbindung im Reich immer mehr gelockert und schließlich die ganze organisierte Zusammenfassung der Erwerbslosenvertretung in Frage gestellt. Hierüber müßte die Konferenz Klarheit schaffen. Um die Magdeburger Forderungen für die Arbeitslosen ist hart gerungen worden. Inzwischen ist eine Erhöhung der Erwerbslosenunterstützung eingetreten, die aber durch die wachsende Teuerung bereits um das Dreifache überholt ist. Die Arbeitslosen müssen immer wieder die Forderung auf Arbeit oder menschenwürdige

WIRBELSTURM.

ROMAN VON ANDOR NAGY.

AUS DEM UNGARISCHEN MANUSKRIFT
ÜBERTRAGEN VON STEPHAN J. KLEIN.

36.) (Nachdruck verboten.)

„Auch dies ist in Ordnung“ — murmelte Lola. Und von diesem Augenblick ab sah sie alles, was hier geschah, ohne Juden mit jener scharfen, genauen Klarheit, wie eine höchst vollkommene Maschine bis in die allerkleinsten Einzelheiten jede Prozedur aufnimmt. Sie umfaßte alles zur gleichen Zeit. Erklärte genau auf Hardeggs Stiefeln die feinen Nähte; sah zur gleichen Zeit an des einen Offiziers Uhr keine Sommerpropheten; sah Abels ganze Gestalt, seine zeretzte Hohe, die unbeschäftigten blutigen Hände sehen, die gezeichneten Hände, an der Seite die angerissenen Knospen, den nackten Hals, den blauen, bejudenten Nacken, der sich mit juchzenden Wunden streifte, würde er von der sich verengenden Schlinge bereits in die Höhe gezogen... Sah sein Gesicht, das verdammte todesbange Gesicht, die Augen, die in den Tod schauenden quälhaft schmerzenden, abgewandten Augen. Sie sah Weiß und sah alle, sah den Soldaten mit den Striden. Sah Hardeggs Gesicht, da sich seine Gestalt auf einem erhöhten Platz emporhob, sah dasselbe juchzende Gesicht, das sie in der Nacht gesehen. Sah in der Ferne eines fliegenden Hundes langgestreckten Körper, eingezogenen Schwanz, und sah auch die nicht Anwesenden, sah, Karzichoff und niemand vom Gut hier zugegen sei, und auch Karzichoff, ihr Gesicht, ließ sich nicht bläuen. Sie sah Hardeggs Zahnpolster, da dieser sprach.

„Leute!“ — rief er mit kräftiger Stimme. — „Was soll mit diesen beiden Delinquenten geschehen? Mit diesen schurkigen Juden? Sie haben das Vaterland verraten! Wir wollen das Urteil fällen! Standesbe! Das Volk urteilt! Karzichoff! Hängt sie!“

Lola sah seine glänzenden Augen, wie er hypnotisierte, befehl. Und sie sah die unglücklichen Lippen, die sich öffneten und das gezwungene, erschrockene Köcheln emporstießen:

„Hängt sie!“
„Gibt es einen Kain unter euch?“ — fragte Hardeggs mit bösem Augenfunkeln. — „Kain soll den Abel hängen.“

Todesstille. In der leeren Geräumigkeit ward das leise Summen des unglücklichen Weiß vernachlässigt, er plapperte unverständliche, hebräische Worte.

„Es gibt keinen Kain hier!“ — jäharrte Hardeggs Stimme, wie das Krächzen eines Raben. — „Der Henker trete vor, erfülle seine Pflicht!“

Wie aufgerollten Hemdsärmeln, den Strid um den nackten Arm gewunden, trat ein Soldat vor. Mit gebühter Hand befehlte er die Schlingen an dem Galgen. Zuerst die eine, dann die andere. Lola sah, sein Kragenknopf sei aus blau geärbtem Porzellan. Sein kleiner Schnurrbart brütete. Seine weißen Zahnräder waren lüdenlos.

Zwei Soldaten ergriffen Weiß. Sie hoben ihn mit solcher Leichtigkeit, als hätte er gar kein Gewicht. Banden ihm die Hände zusammen, stellten ihn auf einen niederen Sessel. Der Stahl wackelte ein wenig. Im selben Augenblick lag auch schon die Schlinge um seinen Hals, ein ausgedehntes, gekrümmtes Wort blieb ihm in der Kehle stecken. — Seine Füße berührten nicht mehr den Sessel. Der Henker schnellte in die Höhe, der Strid verbotete sich.

Abel wurde gestraft. Er war schwerer. Die Soldaten, die ihn schleppten, bissen sich auf die Lippen. Regungslos, hart stand er auf dem kleinen Sessel. Sein Gesicht war bläuer.

„Abel!“ — zerschneit es die rauhe Leere.

Die verdrehten Augen wanderten sich zurück. Schauten in die Richtung der Stimme. Lola sah, die Augen festeten sich mit einem hellen, klaren Blick auf sie und mit dem mächtig gewaltigen Dahinstehen einer gültigen Seele.

Die Schlinge fiel bereits auf seinen Hals. „Abel!“ — schrie sie mit einer Stimme, die nicht mehr die eben deshalb bloß Abel verstand.

Die Augen schauten sie an, und alle Güte, die im Augenblick des Todes Menschenaugen entströmen kann, fandte er vom Galgen nieder, auf diese Frau.

Die Soldaten erfassten Lola und schleppten sie von der Richtstätte fort. Noch sahen die Augen, wie die Frau mit den Bewaffneten rang; dann schlossen sie sich sanft. Die Körperzuckungen ließen den Strid erzittern, der langsam hochrollte, und das tote Gesicht wändte sich von den Gassern ab.

Die Zuschauer schlugen ein Kreuz. Mit zermülltem Haar, mit blauen Rippen ließ Hardeggs über den Platz. Er schlug mit seiner Reitgerte um sich und brüllte:

„Alle, marsch nach Haus! Wer sich auf der Straße zeigt, den lasse ich erschießen! Hund!“

Laufend flohen die Leute.

Die Soldaten spieen aus, rauchten sich Zigaretten an. Die Sonne schien strahlend, mit frohlichem Glanz auf die beiden gehängten Juden nieder. Aus den Rasenbüschen flog ein hunter Schmetterling herbei, umschwebte die beiden hängenden Körper, flüchte frohlich weiter.

Später wurde Lola freigelassen. Die Offiziere zeigten sich nicht, Lola suchte sie nicht. Sie ging über den Platz, aufrecht, fest. Die Posten, die auf- und abhürten, wählten ihr, der Weg sei bloß an der Seite frei. So schritt sie denn am Saum des Platzes dahin, betrachtete von dort mit hartem, entschlossenem Schauen die Leichen. Ihre wachenden Augen rangen sich zu Abels blaugewordenem Gesicht durch: sie prägte sich genau diese Züge ein.

Sie ging heim, verließ sich auf ihren Zimmer. Karzichoff lag ihr in den Weg, doch wünschte sie auch niemandem zu begegnen. Das Kapell war wie ausgeföhren. (Fortsetzung folgt.)

Unterstützung stellen. Dies muß natürlich im Verein mit den Arbeitenden und den Gewerkschaften geschehen. Bedauerlich ist, daß viele Genossen es nicht verstanden haben, die Einheitsfront wenigstens in der Arbeitslosenfrage herzustellen. Das kommende Arbeitslosenversicherungsgesetz erfordert von allen Arbeiterschichten die größte Aufmerksamkeit. Die konsequente Durchführung dieses Gesetzes ist nur bei normaler Konjunktur möglich. Bei einer Arbeitslosigkeit, wie sie hinter uns liegt, wird es ein dauerndes Kampfobjekt bilden, oder aber die einzelnen Paragraphen werden durchbrochen werden. Eine Abwehr wegen dieser Glanzleistung der Gewerkschaften ist Sache des gesamten Proletariats und dringend notwendig.

In der Diskussion sprachen die einzelnen Vertreter über ihre jetzigen Verhältnisse und die Gewährung von Winterbeihilfen. Sehr verschiedenartig ist hierbei verfahren worden. Während Hamburg, Bremen und Kiel bisher nichts bewilligte, wurden in Göttingen, Suhl und Eisenach 800, 600 und 400 Mark ausbezahlt. Ferner ist Holz, Kartoffeln, Brot und Essen unentgeltlich an die Arbeitslosen abgegeben worden. Berlin hat 50 Mark gezahlt. Dagegen hat Sachsen eine Beihilfe, gestaffelt von 100 bis 200 Mk., gewährt. Am brutalsten werden die Arbeitslosen in dem kontroversiellsten Bayern behandelt. Dort hat man schon jetzt das kommende Buchtengeldgesetz in Anwendung gebracht. Wer sechs Wochen arbeitslos ist, erhält keine Unterstützung, gleichviel wie die Arbeitsverhältnisse in seiner Branche liegen. Die Folge davon steigende Kriminalität und ungeheure Ausbreitung der Proletarierkrankheit. Bemerkenswert sind die Berichte der einzelnen Redner über das Zusammenwirken der Parteien und Gewerkschaften in der Arbeitslosenfrage. Während in Thüringen, Sachsen, Württemberg, Stettin und einzelnen Kleinstädten in Pommern teilweise oder gänzlich eine Einheitsfront in dieser Frage besteht, ist in Nordwestdeutschland, und vor allem in Berlin, sehr wenig davon zu merken. In Berlin kann man sogar ein Gegeneinanderarbeiten feststellen. Das Auftreten von sogenannten gewerkschaftlichen Vertrauensleuten und das Treiben der Aktionsausschüsse ist ausschließlich nur eine Berliner Erscheinung. Sämtliche Vertreter sind für Aufrechterhaltung der Erwerbslosen-Organisation. Dies um so mehr, da die Arbeitslosenziffern bereits wieder eine steigende Tendenz haben und in den nächsten Monaten eine Höhe erreichen werden, die die vorhergehende bei weitem übertrifft.

Dem Reichsausschuß wurde das Vertrauen ausgesprochen und ihm anheimgegeben, die Organisation weiter auszubauen, um jederzeit ein einheitliches Handeln zu ermöglichen. Die Konferenz beschloß, fünf große Bezirke zu schaffen, in denen die Kampfgeschäfte einheitlich zu verwalten sind. Der Reichsausschuß hat jederzeit das Recht, die Bezirke zu kontrollieren. Der Kampf um die Magdeburger Forderungen muß weitergeführt werden. In Sachsen, Thüringen und einigen Orten in Württemberg haben sich die SPD., USPD. und Gewerkschaften hinter diese Forderungen gestellt. Der Kampf gegen das Arbeitslosenversicherungsgesetz muß auf der ganzen Linie im Bunde mit der gesamten Arbeiterschaft aufgenommen werden.

Aus der Partei.

Zur Lage in der Partei.

Die Bezirksleitung nahm in ihrer Sitzung vom 21. Dezember 1921 Stellung zur politischen Lage, unter besonderer Berücksichtigung der Situation in der Partei.

Die Bezirksleitung erklärt die vom Zentral-Ausschuß und der Parteizentrale aufgestellten politischen Richtlinien als die richtige Taktik zur Durchführung der politischen Kampagne in der Steuerfrage.

Sie brandmarkt die Enthaltungen der sozialdemokratischen Partei über die Märzaktion als Versuch, die werdende, geschlossene Kampffront des Proletariats gegen den Steuerrückzug und die Stinneskoalition zu zerstören.

Im besonderen aber wendet sie sich mit Abscheu gegen die Wählerkreise Lewis und der kommunistischen Arbeitsgemeinschaft, die sich nicht scheuen, unter der Maske des Kommunismus das Vertrauen der Arbeitermassen zur kommunistischen Internationale zu erschüttern und ihre Mitglieder den Senkern der weißen Justiz weiter auszuliefern.

Die Bezirksleitung spricht deshalb der Parteizentrale ihr Vertrauen aus, da sie bemüht ist, in Organisation und Taktik die Beschlüsse des 3. Weltkongresses der kommunistischen Internationale in Moskau und des Parteitag in Jena den Bedürfnissen des proletarischen Klassen- und Massenkampfes anzupassen und sich durch keinerlei Angriffe und Verleumdungen in ihrer politischen Linie beeinflussen ließ.

Die Bezirksleitung fordert alle Ortsgruppen auf, in den Mitgliederversammlungen zu ihrem Beschluß Stellung zu nehmen und ihre Vorsitzenden zu beauftragen, in der Parteikonferenz am 8. Januar 1922 in Nieder-Salzbrunn den Willen der Mitglieder zum Ausdruck zu bringen.

Die Bezirksleitung der KPD. Schlesien.

Die Methoden Paul Levis.

Paul Levi veröffentlicht Auszüge aus einer Schrift Rosa Luxemburgs, die sich angeblich gegen die Haltung der Bolschewisten im Jahre 1918 wendet. Bezeichnend ist, daß diese Auszüge zuerst in der menschewistischen Presse erschienen.

Für Paul Levi und seine Anhänger ist bezeichnend, daß sie vor den üblichen Kampfmethoden gegen die Kommunisten nicht mehr zurückzureden. Des Lobes aller Gegner der Revolution wird dieser Renegat sicher sein. Bei der oben erwähnten Zeitschrift handelt es sich um eine Arbeit Rosa Luxemburgs, die sie 1918 im Gefängnis geschrieben hat. Es ist eine taktische Auseinandersetzung mit der Politik der Bolschewiki. Nachdem Genossin Luxemburg aus dem Gefängnis entlassen war und sich an Hand von Tatsachen orientieren konnte, sah sie von einer Veröffentlichung dieser Schrift ab. Die Genossin Zetkin, der alte bolschewistische Genosse Warischewski und Genosse Leo Joghijew wurden von Rosa Luxemburg gebeten, die Arbeit zu veröffentlichen. Genossin Zetkin hob die Arbeit aus Furcht zu ihrer Kampfgeschichte auf. Durch die Hand der früheren Sekretärin Clara Zetkin, der jetzigen Paul Levis, kam die Arbeit in die Hände Levis, der jetzt sein schändliches Spiel damit treibt.

Wohin die Reise mit Levi geht, wird den Arbeitern nach jeder Tat erneut klar werden.

Generalversammlung in Dittersbach.

Am Sonntag, den 18. Dezember, fand im Gasthaus zur „Friedenshoffnung“ die Generalversammlung der KPD, Ortsgruppe Dittersbach, statt, die äußerst gut besucht war. Nach Verlesung des Protokolls gab der Vorsitzende, Genosse Schulz, den Bericht von der Bezirksauswahlsitzung. Mit Interesse wurde vor allen Dingen der politische Bericht verfolgt. Zum 2. Punkt der Tagesordnung gab der Kassierer, Genosse Tschinn, den Kassierbericht über mit einem Kassenbestand von 458,07 Mk. abschloß. Die Revisoren bestätigten die Richtigkeit, worauf dem Kassierer Entlastung erteilt wurde. Aus dem Geschäftsbericht ist zu ersehen, daß sich trotz vieler Widerwärtigkeiten unsere Ortsgruppe neu fundamentierte und gefestigt hat und daß gerade in der Zeit der wüstensten Kommunistenhetze seitens der „Bergwacht“ etliche Neuaufnahmen gemacht wurden. Daß die Leitung der Ortsgruppe im verflochtenen Geschäftsjahr in guten Händen geruht hat, bewies die Wiederwahl des alten Vorstandes. Die Ortsgruppenleitung setzt sich aus folgenden Genossen zusammen: Vorsitzender Michael Schulz, Stellvertreter Alfred Köhler, Kassierer Robert Tschinn, Stellvertreter Gottschling, Schriftführer Herrn. Hannig, Kassenrevisoren Paul Rudolph und Albin Lindner und für die Frauenbewegung Genossin Schönsfelder. Die Zeitungslospostage geht ab 1. Januar in die Hände der Genossin Duander, Dittersbach, Hauptstraße 64, über. Mitgliederberatungen finden laut Beschluß, genau wie im Vorjahre, regelmäßig den Sonntag vor dem 15. eines jeden Monats statt, als Vereinslokal bleibt wie bisher Gasthaus „Friedenshoffnung“. Es wird an dieser Stelle darauf aufmerksam gemacht, daß zu der Mitgliederversammlung, die am 15. Januar 1922, abends 6 Uhr, stattfindet, auch die Frauen mitzubringen sind. Mit dem Appell an die Genossen, auch in diesem Jahre treu zur Partei zu stehen, wurde die Versammlung geschlossen.

Aufruf!

Proletarier und Proletarierinnen, die Ihr Euch nach Eurer Weise als Klassengenossen zum Weihnachtsfeste aus dem Geiste der Solidarität und Nächstenliebe das alte christliche Fest für Euch erobernd,

vergeßt nicht die hungernden Kinder in Sowjet-Rußland!

Wir brauchen noch mancherlei für unser Liebknecht-Luxemburg-Heim, für das in Samara an der Wolga ein Gebäude bereits zur Verfügung steht. Wir brauchen Nahrungsmittel, Wäsche, Kleidung und alles was zum Unterricht gehört.

Frauen, Mütter und Jugendgenossen!

Überall bei Euren Weihnachtsveranstaltungen stellt unter einem Weihnachtsbaum mit Sowjetkern einen Gabentisch für die hungernden Kinder auf, damit Jung und Alt sein Scherlein dort niederlegt.

Die Kinder- und Frauenkommission des Reichskomitees der Arbeiterhilfe für die Hungernden in Sowjet-Rußland.

Achtung! An die Ortsgruppen! Ausschneiden!

Die Geldsendungen an die Bezirkskasse, Rote Hilfe, Rußlandhilfe, Verlag usw. gingen bisher sehr oft an die falsche Adresse, wodurch die Geschäftsführung sehr erschwert und die Erledigung verzögert wurde. Wir haben deshalb für die verschiedenen Ressorts besondere Postcheckkonten eingerichtet und bitten in Zukunft Geldsendungen nicht an die bisherigen Adressen, sondern wie folgt abzugeben:

An die Bezirksleitung: Alfred Delpner, Breslau, Nikolaistraße 49/50, Postcheckkonto: Breslau, Nr. 58 864.

An die „Rote Hilfe“: Hermann Ammon, Breslau, Leuthenstraße 11, Postcheckkonto: Breslau, Nr. 15 429.

An das Arbeiter-Hilfskomitee für die Hungernden Sowjet-Rußlands: Oswald Scholz, Breslau, Augustastraße 123, Postcheckkonto: Breslau, Nr. 12 977.

An die Produktiv-Genossenschaft sowie „Schlesische Arbeiterzeitung“: Produktivgenossenschaft für die Provinz Schlesien in Breslau, Nikolaistraße 49/50, Postcheckkonto: Breslau, Nr. 31 059.

An die kommunistische Bucherei: Rudolf Belte, Breslau, Gräbischer Str. 45, Postcheckkonto: Breslau, Nr. 30 599.

Die Bezirksleitung KPD. Schlesien.

Kommunistische Internationale.

Einführung der Beitragspflicht für die Kommunistische Internationale.

Das E. K. der K. J. hat in seiner Sitzung vom 4. Dezember d. J. einstimmig folgenden Kommissionsentwurf über die Einführung eines Mitgliedsbeitrages für die K. J. angenommen:

1. Das E. K. der K. J. beschließt, daß alle ihre Mitglieder einen internationalen Mitgliedsbeitrag zu entrichten haben.

2. Die Höhe des jährlichen Mitgliedsbeitrages ist in jeder der kommunistischen Internationale angeschlossenen Sektion in der Höhe eines durchschnittlichen Monatsbeitrages der betreffenden Sektion zu erheben.

3. Der Internationale Mitgliedsbeitrag ist vierteljährlich in vier gleichen Raten durch eine besondere internationale Beitragsmarke zu quittieren. Die Beitragsmarken sollen nach einer durch das E. K. der K. J. bestimmten Form von jeder Sektion hergestellt und mit eigenem Landeswappem versehen werden.

4. Der Beitrag ist jeder legal arbeitenden und angeschlossenen Partei in das Mitgliedsbuch zu fleben. Im Falle der Uebertragung eines Mitglieds auf das Gebiet einer anderen Sektion werden ihm die von den Statuten der Komintern bestimmten Rechte nur auf Grund der Erfüllung des internationalen Mitgliedsbeitrages zuerkannt.

5. Die internationalen Mitgliedsbeiträge werden durch die Zentralkommission der kommunistischen Parteien an das E. K. der K. J. abgeliefert. Die Sektionen sind verpflichtet, vierteljährlich, spätestens bis Ende des nächsten Jahresviertels, abzurechnen. Weber Gruppen noch Sektionen steht das Recht zu, Ausgaben, die für oder im Namen der K. J. gemacht worden sind, zu Lasten des internationalen Mitgliedsbeitrages zu verrechnen. Der internationale Beitrag muß durch die Sektionen unbedingt und in allen Fällen unmittelbar an die K. J. überwiesen werden.

6. Das E. K. der K. J. ist verpflichtet, über die abgelieferten Mitgliedsbeiträge, nach vorheriger Prüfung der Kontrollkommission, dem Kongreß eine Berechnung vorzulegen.

7. Der Zweck dieses Beschlusses ist ein dreifacher. Die internationalen Mitgliedsbeiträge sollen zur Deckung der von Tag zu Tag wachsenden Kosten und Ausgaben des Zentralapparates der K. J. beitragen.

8. Durch Entrichtung des hiermit beschlossenen internationalen Beitrages soll die Möglichkeit geschaffen werden, daß die materiell besser gestellten Sektionen den schwächeren nach Kräften Unterstützung gewähren können. Dies gilt besonders in Fällen wichtiger politischer und wirtschaftlicher Aktionen.

9. Die Entrichtung der internationalen Parteibeiträge soll auch materiell ein engeres Verhältnis zwischen der K. J. und den einzelnen Sektionen schaffen. Die K. J. ist kein loses Gebilde der ihr angeschlossenen Sektionen, sondern die einheitliche Partei der kommunistischen Arbeiterschaft in der ganzen Welt. Diese Einheit kommt natürlich in erster Reihe in der Politik und in der Koordination aller proletarischen Aktionen zum Ausdruck. Sie soll aber auch damit zum Ausdruck kommen, daß materiell jeder einzelne Kommunist dieser internationalen Partei in Gestalt der individuellen Beitragspflicht verbunden wird. Deshalb ist dieser Beschluß nicht nur eine organisatorische, sondern auch eine politische Maßnahme.

„Das proletarische Kind“.

In einer gemeinsamen Sitzung von Vertretern der Zentrale der KPD, der Exekutive der kommunistischen Jugend-Internationale, der Elternbeiräte-Zentrale Groß-Berlin und der Fraktion der kommunistischen Lehrer wurde beschloßen, das bisherige „Mitteilungsblatt der kommunistischen Kindergruppenleiter“, die Zeitschrift „Das proletarische Kind“, auszubauen zu einem Mitteilungsblatt für die gesamten pädagogischen und schulpolitischen Aufgaben der Partei und der Jugendorganisationen. In ihr sollen laufend alle Fragen, die das proletarische Kind und den Kampf um die Schule betreffen, behandelt werden.

Die Zeitung ist international und wird Berichte bringen nicht nur aus Deutschland, sondern auch aus Holland, Skandinavien, Frankreich, Italien, der Tschechoslowakei, der Schweiz usw.

Die Zeitschrift erscheint einmal im Monat 32-seitig und kostet pro Nummer 0,75 M. Wir bitten die kommunistischen Elternbeiräte, Lehrer, Kindergruppenleiter, aber auch alle übrigen Parteigenossen, denen die Schulfragen und das Wohl des proletarischen Kindes am Herzen liegen, ihre Bestellungen sofort an den Internationalen Jugendverlag, Berlin-Schöneberg, Feuerstr. 63, zu richten.

Die Organisationen bitten wir, die Propaganda für diese Zeitschrift und die Einwendung von Bestellungen möglichst reich und energisch zu betreiben, damit der Verlag die organisatorischen Vorbereitungen für die prompte Zustellung zum 1. Januar 1922 treffen kann.

Revolutionäre Bewegung.

Die Stärke der roten Armee.

Trotz berichtet am 12. Dezember auf der Konferenz der Roten Militär-Delegationen über die Rote Armee. Trotz schwierigster internationaler Lage haben wir die Rote Armee auf 1 1/2 Millionen reduziert, deren Höchststand fünf Millionen 300 000 betrug. Unsere Armee im Verhältnis zu unserem Territorium ist 18 mal kleiner als die französische, unsere internationale Armee liegt hinter uns, in allen anderen Staaten steht sie bevor. Alle, auch die „Sieger“, werden schwächer, während wir uns kräftigen. Daher halten wir uns streng an die militärische Verteidigungspolitik.

Gewerkschaftsbewegung.

Die Textilbarone wollen den Kampf.

Die Lohnbewegung der Textilarbeiter hat eine bedeutende Verschärfung erfahren, durch das rücksichtslose Vorgehen der Unternehmer. Die Arbeitgeber-Vereinigung des Reichsbader Bezirks hat sämtlichen in der Textilindustrie beschäftigten Arbeitern und Arbeiterinnen gekündigt. Weil die Textiler in einigen Betrieben streiken — sie müssen das, um ihre Hungerlöhne etwas anzubessern — werden alle anderen rücksichtslos auf die Straße gesetzt. Infolgedessen werden Anfang Januar sämtliche Fabrikbetriebe stillliegen. Es befinden sich dann über 20000 Textilarbeiter im Auslande.

In den Betrieben von Manter, Pospichil, Hilbert und Sacher in Langenbielau, sowie in Wäkegietersdorf und Tannhausen geht der Streik unverändert fort.

Die Lohnbewegung im Ruhrrevier.

Die drei Bergarbeiterverbände haben in einer gemeinsamen Konferenz zum Lohnstreik Stellung genommen und erklärt, daß die Erfüllung des Schiedsspruches den Frieden herstellen werde. Sollten aber wider Erwarten die Arbeitgeber des vom Reichsarbeitsminister für verbindlich erklärten Schiedsspruch ablehnen, so wird der Kampf mit allen Mitteln von den Bergarbeiterorganisationen durchgeführt werden.

Die Antwort auf die Enthaltungen. Wahltag der Kommunisten in Jena.

In der Generalversammlung des Metallarbeiterverbandes, Verwaltungsstelle Jena, am 16. Dezember haben die Kommunisten einen entscheidenden Erfolg erzielt. In die Ortsverwaltung wurden gewählt: 6 Kommunisten, 2 SPD., 3 USPD. (darunter die beiden Angestellten des Verbandes). In das Kartell wurden delegiert: 5 SPD., 3 USPD. Zur Bezirkskonferenz in Erfurt wurden delegiert 3 SPD.

Dadurch besteht nunmehr eine kommunistische Mehrheit in der Ortsverwaltung des deutschen Metallarbeiterverbandes in Jena.

Wahl der Ortsverwaltung des DMB. in Chemnitz.

Auch in Chemnitz haben die Kommunisten einen schönen Erfolg erzielt. Die kommunistische Liste erhielt 705 Stimmen, die der SPD. 264 Stimmen. Da in Chemnitz nach dem Verhältnisystem gewählt wird, bekam die SPD. 9, die Kommunisten 8 unbesoldete Vertreter in die Ortsverwaltung.

In vielen Städten haben die Erfolge der Kommunisten bei den verschiedenen Generalversammlungen gezeigt, daß die Massen trotz der Dege der SPD. und USPD-Führer das Vertrauen in die zielbewußte Arbeit der Kommunisten nicht verloren haben. Der Erfolg unserer Genossen ist eine gute Vorbedeutung für die Anfang nächster Jahres stattfindenden Betriebsratswahlen.

Stilleben der Augsburger Textilindustrie.

Zur Durchsetzung ihrer Forderungen traten heute die Maschinenführer, die Turbinenführer und Heizer der Augsburger Textilindustrie in den Streik. Sie führten dadurch das Stilleben der gesamten Augsburger Textilindustrie herbei. Es werden für Maschinenführer und Turbinenführer 10 Mk. für alle übrigen, Heizer, Kraftfahrer, Pumpen- und Turbinenwärter, Schmierer, Köchler und Schlafenführer 9,75 Mk. Stundenlohn verlangt. Die Textilorganisationen erklären in den Tageszeitungen, daß sie mit dem Ausstand nichts zu tun haben und von dem Ausstandsbeschluss nicht benachrichtigt worden seien.

Unternehmerwillkür in der Textilindustrie.

Es ist dringend notwendig, daß die immer mehr in Gebrauch kommenden diktatorischen Maßnahmen der Unternehmerräte gegen die Arbeiterklasse zur öffentlichen Kenntnis gebracht werden, um zu zeigen, wohin die Wege führen.

In Freiheitsberaubung greifende Maßnahmen werden bei der Firma **Reppold u. Hoffmann** in Altmühl gehandhabt. Ohne Zustimmung der Betriebsleitung darf kein Mitglied des Betriebsrats während der Arbeitszeit von der Arbeit rausgerufen werden. Wird die Zustimmung erteilt, so ist die Ausdrache im Kontor zu vollziehen.

Bei der Firma **Schleißer Textilwerke, Methner & Fröhne**, A.-S. Abteilung Coner-Spinnerei, darf während der Arbeitszeit kein Beschäftigter ohne Erlaubnis des Betriebsleiters den Betrieb verlassen, und sei es nur für einige Minuten. Diese Maßnahme erstreckt sich auch auf Erkrankte. Letzteres ist durch Verhinderung vor dem Versicherungssamt aufgehoben worden.

Um die abgelebte verlängerte Arbeitszeit zu erreichen, wurde in diesem Betriebe, unter Aufsicht des Betriebsleiters, eine sogenannte geheime Abstimmung vorgenommen, die so ausfiel: Im Abstimmungsraum wurden Stimmzettel mit Ja- und Nein-Aufschrift verteilt. Wer mit Ja stimmte, hatte den Stimmzettel in einen dazu bestimmten Behälter zu legen und für kein war ebenso vorgeschrieben. Durch Notizen wurde die Abstimmung sorgfältig kontrolliert. Der Betriebsrat, der dagegen Einbruch erhob, wurde harsch abgemeldet. Da die Arbeiterinnen nicht allgemein den Kurs fanden, eine solche Abstimmung abzulehnen, sondern die Mehrheit froh war, die Leistung von Ueberstunden erreicht zu haben, ließ sich dagegen nichts mit Erfolg unternehmen.

Derartige Abstimmungen, die wohl den Charakter der Lüge an sich tragen, sind an der Tagesordnung. In **Lützen** unternahm der Unternehmer eine Abstimmung, um eine Arbeiterin, die sich für die Interessen ihrer Mitarbeiter eingesetzt hatte, los zu werden, in folgender Weise: wer für die Entlassung war, hatte auf den Stimmzettel ja, die gegen die Entlassung waren nein, darunter ihren Namen zu schreiben. Vor der Abstimmung waren die Beschäftigten noch richtig mit Stimmzetteln versehen, wenn die Arbeiterin nicht zur Entlassung kommt, der Betrieb stillgelegt wird, befristet werden. Die Wirkung war, daß mit Mehrheit der Entlassung zugestimmt wurde. Wegen dieser Entlassung ist der zünftliche Schlichtungsanspruch am 22. November angemeldet worden, trotz Erinnerung ist noch kein Termin anberaumt.

Der Obermeister der **Metz. Weberei in Rothbach i. Schl.** hat persönlich eine Abstimmung im Betriebe während der Arbeitszeit vor sich zu führen vorgenommen, um festzustellen, wer die Störenfriede sind (die sich nämlich ihre Rechte nicht nehmen lassen). Er hat eine Liste mit dem Namen des Beschäftigten eingetragenen. Als er wegen dieses Vorgehens zur Rede gestellt

und um das Resultat gefragt wurde, wurde er sehr aufgebracht; das Ergebnis ist nicht bekannt gegeben worden.

Damit ist das Material noch nicht erschöpft. Auch von anderen Orten des Reiches wird solches Material wohl vorhanden sein. Anstatt Betriebskontrolle, um den Wucher zu bekämpfen, Gewinnungsmaßnahmen und Unterdrückungsmaßnahmen zu erhöhen.

Um die Arbeiterklasse vor solchen Uebergriffen zu schützen, ist es an der Zeit, daß die Gewerkschaften energisch dagegen einschreiten.

Soziales.

Wissen ist Macht.

Am Tage, da das Wissen die Massen des arbeitenden Volkes erleuchtet, haben wir auch die Macht.

Wilhelm Piebtsch.

Wenn die Arbeiterklasse Gelegenheit bekäme, die größere bürgerliche Presse zu lesen, so könnte sie täglich die Beobachtung machen, wie sehr die Redaktionen dieser Blätter neben den Nachrichten des Tages ihren Lesern allgemeinen Bildungsschritt bieten. Die Arbeiterpresse hat ja auch ihren täglichen, meist guten Roman und ihre wöchentliche Beilage für Kunst und Wissen. Doch das genügt zur Bildung der Arbeiterklasse nicht. Das Wissen, was durch unsere Presse vermittelt werden kann, bewegt sich in Grenzen, die lange nicht ausreichen, um das Lieblingsschöne Wort wahr zu machen.

Infolge des unvermeidlichen Fehlens der richtigen Selbstaufnahmen durch Intelligenz ist unsere Presse auch nie in der Lage, den nötigen Stoff zur Allgemeinbildung und zur genügenden Ausweitung des Wissens zu liefern. Deshalb muß der Arbeiter zu anderen Bildungsmöglichkeiten noch greifen. Aber nicht nur das Proletariat muß dies tun. Selbst diejenigen Kreise, deren Tageszeitungen in dieser Hinsicht — in ihrem Sinne — Großes leisten, suchen sich noch auf andere Weise Bildung und Wissen anzueignen. Die bürgerliche Gesellschaft weiß die alte Wahrheit wohl zu schätzen: **Wissen ist Macht! und Bildung macht frei!**

Durchblättert man die Seiten der bürgerlichen Presse, so finden wir jeden Tag Rezensionen (Besprechungen) über neu erschienene Bücher. Diese haben den Zweck, die Leser aufzumuntern, diese Bücher zu kaufen und zu lesen. In den Wochen vor Weihnachten aber haben die größeren bürgerlichen Zeitungen eigene Beilagen, die nur den Anlauf von Buchliteratur empfehlen. Daran erkennt man, welche großen, überragenden Wert die bürgerliche Welt auf die Vertiefung des Wissens und die Hebung der Allgemeinbildung legt. Unsere eigene Presse predigt ja ihren Lesern ebenfalls die Aneignung von Wissen durch das Studium von Buchliteratur, leider mit nur sehr ungenügendem Erfolg. Sollen die Arbeiter ein Buch kaufen, so kommen sie mit der Ausrede, daß sie kein Geld hätten.

Wir wissen, daß der Lohn des Proleten stets niedrig ist, doch zugegen die gefüllten Kinos, die Tanzböden und andere Vergnügungsorte oberflächlichster Art davon, wieviel Geld trotz alledem noch für wirkliche Bildung angelegt werden könnte.

Zu Weihnachten wird, wie alle Jahre, ein gegenwertiges Bescheidenes wiederkehren. Alles mögliche, nützliches und schädliches, wird auf den Gabentisch kommen. Von bleibendem Wert ist ein gutes Buch! In keiner Proletarierfamilie sollte „Weihnachtsgeschenk“ werden ohne Büchergeheimnis.

Nach nicht wahllos ein Buch gekauft, nicht der Titel und die Ausstattung des Buches schafft seinen Wert. Laßt euch beim Kauf der Bücher von jenen belehren, die das ganze Jahr in euren Reihen leben. Seht in die kommunistische Bucherei, Breslau, Gräbigerer Straße 15, schreibt an diese, wenn ihr in anderen Orten wohnt. Kur dort empfiehlt man euch eine Literatur, die wirklich euer Wissen und eure Bildung fördert. Die Zeiten geistiger Unmündigkeit müssen für das Proletariat vorüber sein. Die bürgerliche, die kommunistische Ideenwelt. **Klassen-genossen! Auf euren Tisch nur ein gutes Buch!** In der kommunistischen Bucherei ist noch eine reichliche Auswahl vorhanden. Besucht die kommunistische Bucherei, Besichtigung ist auch ohne Kaufzwang gern gestattet.

Die Grippe

greift immer weiter um sich. So mußte eine Schule geschlossen werden, weil ein Drittel der Lehrer und Schüler erkrankt ist. Es sind bereits zahlreiche Todesfälle zu verzeichnen. Das Hundewetter, die Unterernährung infolge der Teuerung, sowie die Unhygiene oder gar nicht geheizten Stuben, verschaffen der Grippe bei den Proletariern den nötigen Boden zur raschen Verbreitung.

Präsident.

Die neuen Postgebühren.

Die vom Reichstag endgültig angenommenen neuen Gebühren betragen für die Postkarte im Fernverkehr 75 Pf., im Fernverkehr 1,25 Mk.; für den Brief im Fernverkehr bis zu 20 Gramm 1,25 Mk., über 20 bis 50 Gramm 2 Mk., im Fernverkehr bis zu 20 Gramm 2 Mk., über 20 bis 100 Gramm 3 Mk., über 100 bis 250 Gramm 4 Mk.; für die Druckartenkarte 10 Pf., die Druckkarte bis 50 Gramm 50 Pf., 50 bis 100 Gramm 1 Mk.,

100 bis 250 Gramm 2 Mk., 250 bis 500 Gramm 3 Mk., 500 Gramm bis 1 Kilo 4 Mk.; Ansichtskarten mit fünf Grußworten 40 Pf.; Geschäftspapiere bis 250 Gramm 2 Mk.; Warenproben bis 250 Gramm ebenfalls 2 Mk.; das Päckchen bis 1 Kilo 4 Mk. Paletgebühren bis fünf Kilo in der Nahzone (bis 75 Kilometer) 6 Mk., in der Fernzone (über 75 Kilometer) 9 Mk.; Zeitungspakete bis 5 Kilo in der Nahzone 3 Mk. Die Zeitungsgebühren betragen für eine Zeitungsnnummer im Durchschnittsgewicht bis zu 20 Gr. 2 Pf.; die Telegrammgebühren 1 Mk. für jedes Wort; die Postgebühren für Beträge bis zu 100 Mk. 75 Pf.

Sonnenwendfeier der Kindergruppe.

Für die kommunistische Kindergruppe fand am 21. Dezember eine Sonnenwendfeier statt. Das schön geschmückte kommunistische Arbeiterheim konnte kaum alle die großen und kleinen Genossinnen und Genossen fassen. Musikalische und deklamatorische Vorträge wechselten ab mit allgemeinem Gesang revolutionärer Lieder, in die auch die kleinsten Genossen kräftig mit einstimmten. Die Feier erreichte jedoch ihren Höhepunkt, als es ans Aussteilen der Geschenke ging. Die freudig erregten Gesichter der Kinder haben den Genossen und Genossinnen der K. J. gezeigt, daß sie mit der Veranstaltung, für die sie viel Zeit und Mühe aufwandten, das Richtige getroffen haben. Mit dem allgemeinen Gesang der Internationale fand die proletarische Weihnachtsfeier ihren Abschluß. Bei dieser Gelegenheit sei allen freundlichen Spendern, sowie allen, die durch ihre Mithilfe zum Gelingen der Veranstaltung beitrugen, bestens gedankt.

Festtagsdienst der Stadtverteilungsstelle.

Der Magistrat gibt bekannt: Die Ausgabestellen der Stadtverteilungsstelle sind am 24. Dezember bis mittags 12 Uhr geöffnet; am 25. und 26. Dezember und am 1. Januar 1922 bleiben die Ausgabestellen für das Publikum geschlossen. Am 31. Dezember ist bis um 1 Uhr mittags Dienst. In den Büros findet am 24. Dezember bis mittags 12 Uhr Dienst statt. Am 25. und 26. Dezember und am 1. Januar 1922 bleiben die Büros geschlossen. Am 27. und 31. Dezember ist Dienst bis 1 Uhr mittags.

Landeshut.

Lohnbewegung.

Die Arbeiter der Gerberei Dickmann stehen seit 1912 infolge Lohnunterschieden im Streik.

Glab.

Explosion.

Am Montag nachmittag zwischen 3 und 4 Uhr wurde die Einwohnerschaft der Stadt Glab durch starke Explosionen erschreckt. Auf der Verlegestelle der Norddeutschen Sprengstoffwerke hatte sich beim Ausbrennen von Granaten durch Arbeiter eine Granate entzündet, wodurch ein Schuppen auf der Festung in Brand geriet. Verletzungen sind nicht bekannt geworden, wohl aber haben der Luftdruck der Explosionen und umherfliegende Granatsprengstücke erheblichen Materialschaden in der Stadt angerichtet. Besonders auf der Frankenstein- und der Königshainer Straße wurden eine Menge Fenstererkerben zertrümmert, aus der Evangelischen Kirche Fensterrahmen herausgedrückt, und auf der Frankenstein Straße erlitten viele Häuser durch Granatsplitter Beschädigungen.

Gottesberg.

Ein Opfer der Kälte

wurde in der Nähe des Alten Berges ein unbekannter Mann in reiferen Jahren. Er wurde im total erschöpften Zustand auf einer Bank sitzend aufgefunden und war bereitig erkrankt, daß er kein Wort mehr hervorbringen vermochte. Herbeigerufene Mitglieder der Gottesberger Sanitätskolonne schafften ihn in das dortige städtische Krankenhaus, wo er kurz nach seiner Entlieferung verstarb. Nach späteren Mitteilungen soll es sich um einen Kaufmann Valentin Badhaus aus Woldenburg handeln.

Langenbielau.

Unterkunftshütte.

Eine Unterkunftshütte ist vom Winterport- und Gutsengebirgsverein am Hausdorfer Kreuz errichtet worden.

Verantwortl. Redakt.: Erich G e n t s c h; Inserate: Max S i c h o e r. Verlag: Produktivgenossenschaft für die Prov. Schlesien, e.G.m.b.H. Druck: Püffel & Danigel, sämtlich in Breslau.

Gebt für die „Rote Hilfe“.

Lieblich-Theater

Täglich 7 1/2 Uhr.
Das große
Dezember-
Programm

Schauspielhaus

Die Jungfrauen.
Schauspielhaus.
Das Dreimäderl.

Altmetalle

Otto, Industriest. 1.
Grammophon

Genossen!

kauft nur
bei unseren
Inserenten.

Ludwig Herz

Herz
Stüpf
Breslau
Wiedervertäuf

Wiedervertäuf

Wiedervertäuf
E. Lehmann, Breslau

Wiedervertäuf

Wiedervertäuf
E. Lehmann, Breslau

Wiedervertäuf

Wiedervertäuf
E. Lehmann, Breslau

Brandt's

groszer
Weihnachts-
Verkauf
Fritz Brandt

Eisenhandlung

Breslau I
Nikolaistr. 63a

Ein neues Buch von Fritz Brandt

Soeben erschienen:
Die Passagiere
der leeren
Plätze

Preis broschiert 12.00 Mk.

Für den Weihnachts-
besonders geeignet.
In bezug auf die
Kommunistische Bucherei
Breslau 5, Gräbigerer Straße 15.

Lebende Spiegelkarpfen

in bekannter Güte, garantiert reinschmeckend,
lebendfrische Seefische, als wie:
Kabhan, Schellfisch, Soelachs, Rotzungen, Goldbars,
Seezungen, Steinbutt, Heilbutt, Goldbutt,

geschlagene Flußfische, als wie:
frischen Rheinlachs, Weserlachs, Weichselachs,
gr. Zander, Mittelzander, Bratzander, Hechte,

Räucherfische, als wie:
ger. Rheinlachs, Pom. Speckaal, Pom.
Flundern, Forellentör, Seelachs, Rothen,
Goldbars, Schellfisch, Kieler Sprotten,
Kieler Bücklinge, Kieler Marinaden

empfehlen und versenden

Breslauer Fischhallen, Schmeidebrücke 59 u.
Kornschwela Str. 10.

Parteiengenossen

beden ihren gesamten Bedarf an
kommunistischer Literatur, Jugend-
schriften, Unterhaltungslektüre usw.
in der

Praktische

Weihnachts-
Geschenke

in

allen
Abteilungen.

in der

in der

in der

in der

Praktische

Weihnachts-
Geschenke

in

allen
Abteilungen.

in der

in der

in der

in der

Praktische

Weihnachts-
Geschenke

in

allen
Abteilungen.

in der

in der

in der

in der

Praktische

Weihnachts-
Geschenke

in

allen
Abteilungen.

in der

in der

in der

in der

Praktische

Weihnachts-
Geschenke

in

allen
Abteilungen.

in der

in der

in der

in der

Praktische

Weihnachts-
Geschenke

in

allen
Abteilungen.

in der

in der

in der

in der